

5. Dislokation des sowjetischen Diskurses

Le moment le plus dangereux pour un mauvais gouvernement est d'ordinaire celui où il commence à se réformer.

ALEXIS DE TOCQUEVILLE, 1856

Nicht die Perestroika hat die Sowjetunion zerstört, sondern ihre Gegner.

MICHAIL GORBAČEV, 2005

5.1 EINLEITUNG

Ziel dieses Kapitels ist es, verschiedene Diskursstränge herauszuarbeiten, die sich als Angebot präsentiert haben, um die durch den Zusammenbruch der UdSSR hervorgerufene Dislokation zu schließen. Ein weiteres Ziel ist es, *basic discourses* (Hansen 2006) zu identifizieren und zu erarbeiten, wie darin unterschiedliche Andere und unterschiedliche Abstufungen radikaler Differenz produziert wurden. Der folgende Abschnitt wird die Perestroika und den nachfolgenden Zusammenbruch der Sowjetunion als Ausdruck einer Destabilisierung des sowjetischen politischen Diskurses interpretieren. Das heißt, dass insbesondere die Ebenen der politischen und der nationalen Identität Gegenstand einer Neuverhandlung wurden, die von ca. 1980 bis 2000 andauerte.

In einem ersten Schritt sollen die wichtigsten Entwicklungen der Perestroika nachgezeichnet werden. Unterschieden werden dann drei idealtypische Positionen, die sich nach der Auswertung der verwendeten Sekundär- und Primärliteratur herauskristallisiert haben.

Zum einen die Perestroika-Position, mit ihren Versuchen, die sowjetische nationale und politische Identität zu bewahren. Zum zweiten, die Position der „De-

mokraten“. Dabei wird deutlich werden, dass es *die* „Demokraten“ nicht gab, sondern verschiedene demokratische Positionen, die sich teilweise überschneiden. Der Signifikant der Demokratie fungierte als ein Knotenpunkt, um verschiedene (teils *an* und teils) *gegen* das institutionelle System gerichtete Forderungen zu verbinden. Drittens werden national-konservative (oft „patriotisch“ genannte) Standpunkte beleuchtet. Auch hier gibt es verschiedene Ausprägungen und Strömungen. Schließlich etablierte sich ein etatistischer Diskurs, der Forderungen aus allen anderen drei Positionen aufnahm.

Die Forderungen dieser idealtypischen Diskurse hinsichtlich politischer und nationaler Identitäten Russlands sollen in diesem Abschnitt miteinander kontrastiert werden. Es wird sich zeigen, dass diese Diskurse und Sub-Diskurse eine Vielzahl von Elementen und Forderungen inkorporieren. Themen, die unter anderem aufgeworfen werden, sind das Verhältnis UdSSR-Russland, Staatsräson, Großmacht-Denken, und Außenpolitik.¹ Mit diesem Abschnitt der Arbeit werden das Ausmaß und die Tiefe der Identitätskrise Russlands in den späten 1980er und 1990er Jahren herausgearbeitet.

5.2 DIE UDSSR UND DIE PERESTROIKA

Michail Gorbatschow trat 1985 *nicht* mit dem Ziel an, ein Liberalisierungs- oder gar ein Demokratisierungsprogramm zu implementieren. Vielmehr ging es ihm vorrangig darum, die Wirtschaft zu modernisieren und somit auch der Partei neue Legitimität zu verschaffen. Zentrales Ziel war die „Beschleunigung“ (*Uskorenie*) der Wirtschaft. Glasnost und Perestroika kamen erst später als programmatische Elemente hinzu und sollten dieser *Uskorenie* dienen – indem sie den „Faktor Mensch“² aktivierten.³ Schließlich wurden sie zu den Kernstücken der Reformbemühungen in den späten 1980er Jahren.

-
- 1 Aus der eingenommenen theoretischen Perspektive ist es wenig überraschend, dass gerade außenpolitische Positionen, d.h. in diesem Falle russische Beschreibungen „des Anderen“ und der Positionierungen zu ihm, viel über die (geforderte) russische nationale oder politische Identität aussagen.
 - 2 Damit reaktivierte Gorbatschow einen Begriff, den bereits Leonid Abalkin 1973 in *Der ökonomische Mechanismus* der entwickelten sozialistischen Gesellschaft verwendet hatte: Dort definierte er Fortschritt als „Steigerung der Rolle des sogenannten menschlichen Faktors“ (zit. nach Zweynert 2006: 5).
 - 3 Perestroika bedeutete also zunächst nichts anderes als die Perfektionierung des ökonomischen Mechanismus (Aganbegjan 1987: 3).

Was dann unter dem Gesamtstichwort „Perestroika“ lief, lässt sich in drei Hauptphasen unterteilen (Hildermeier 1998: 1019ff.). In der ersten Phase, von der Machtübernahme Gorbačëvs im März 1985 bis Ende 1986, standen wirtschaftliche Ziele im Vordergrund. Bemerkenswert ist aber auch die Forderung Gorbačëvs auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU 1986, die Gesellschaft weiter zu „demokratisieren“, nicht zuletzt um gesellschaftliche Ressourcen für die ökonomischen Reformen zu aktivieren. Besonders in dieser Periode handelte Gorbačëv noch nach dem Muster der Revolution von oben.⁴ Diese Reformen blieben aber weitgehend erfolglos, besonders weil sie auf Pläne zurückgriffen, die bereits in den 1970er Jahren entwickelt wurden:⁵

„It soon became clear, however, that the ideas which not long before had seemed the most advanced not only would not solve the ambitious tasks posed by perestroika but, on the contrary, were leading only to deeper social and economic problems [...] The practical implementation of these ideas [...] did lead to abandonment of a number of the fundamental elements of the Soviet economic order [...], which meant a radical change in the whole logic of functioning of the economy.“ (Mau 1996a: 220)

Diese Periode fällt zusammen mit dem, was Mau (1996b) als „rosige Phase“ eines revolutionären Projektes bezeichnet: Sie zeichnet sich durch ein hohes Maß an einmütiger Zustimmung zu dem Reformprojekt aus und vielen Illusionen über dessen Implementierung.⁶

Die zweite Phase (bis Mitte 1988) ist gekennzeichnet durch die Propagierung der Glasnost. Damit vermied Gorbačëv zwar die westlichen Konzepte der „De-

4 Es ging „[...] um einen kontrollierten Wandel einer einsichtsvollen Obrigkeit, nicht um einen völligen Neuanfang“ (Hildermeier 1998: 1025). Hier wird auch deutlich, wie wenig Gorbačëv absehen konnte, dass seine Reformen letztlich das gesamte System der Sowjetunion in Frage stellen würden. Gorbačëv wollte nie die westliche Demokratie, und vor allem nicht den westlichen Kapitalismus. Auch seine prinzipiell geschickten Versuche, mal mit Reformern, mal mit Konservativen zu paktieren, um die Situation unter Kontrolle zu behalten und die Union zu retten, sollten scheitern.

5 „Perestroika is a typical example of how socio-philosophical and economic ideas were put into practice with a time lag of two or three decades.“ (Ibid. 6)

6 Mau (1996b: 224) erläutert: „What happened is in general a characteristic feature of all large revolutionary transformations. In the early phase of the revolution the new government tries as consistently as possible to carry out advice that was worked out under the previous regime, and suffers a fiasco. A particularly vivid example of this is provided by the economic policy of the Provisional government of Russia in 1917.“

mokratie“ und „Freiheit“ aber dennoch markierte Glasnost „[...] das jenseitige Ufer des Rubikons, das den Weg zu einem anderen System eröffnete“ (Hildermeier 1998: 1026). Die entstehende und manifest werdende Meinungsvielfalt – von Gorbačëv auch als Instrument seiner Politik und als Eigenwerbung gedacht – führte zu viel Kritik, auch an Fundamenten des sowjetischen Staates, beispielsweise an dem nicht aufgearbeiteten Stalinismus. Damit schuf sich die Perestroika ihre eigenen Feinde: Auf die politische Bühne traten sowohl Radikalreformer als auch autoritäre Konservative. Für Mau (1996b) ist die zweite Periode einer Revolution durch eine Polarisierung der Gesellschaft charakterisiert: Neben den Polen „Radikalreformer“-„Konservative“ taten sich weitere Brüche auf, zum Beispiel zwischen Zentralregierung einerseits und Republiken andererseits. Auch die wirtschaftlichen Reformen, einschließlich der Aufgabe des „geheiligten Kollektivprinzips“ (Hildermeier 1998: 1032), trugen zu einer gesellschaftlichen Pluralisierung und Individualisierung bei und damit letztlich zu einer Pluralisierung politischer Identitäten und Forderungen. In der dritten Periode von Mitte 1988 bis Herbst 1990 kam es zu einer energischen „Demokratisierung“,⁷ um die wachsende Kluft zwischen der von Glasnost initiierten geistigen und der politischen Liberalisierung zu schließen (ibid. 1034). Der Volksdeputiertenkongress – *prima facie* nichts weiter als ein Werkzeug Gorbačëvs, um sich eine neue Machtbasis zu schaffen – rückte die Politik allgemein und die demokratische politische Praxis insbesondere vollends in das Bewusstsein der Bevölkerung. Mit der Aufgabe der Führungsrolle der KPdSU und dem Aufkommen neuer Parteien⁸ wurde die Macht Gorbačëvs nach und nach immer weiter untergraben, nicht zuletzt auch beim Kompromiss um die beiden ökonomischen Reformpläne von Šatalin-Javlinskij (der „500-Tage-Plan“) beziehungsweise Leonid Abalkin (der Plan der Ryžkov-Regierung),⁹ der keine der beiden Seiten zufrieden stellte: Vom Obersten Sowjet wurde eine stark verkürzte Version des 500-Tage-Programms angenommen (Hahn 2002: 226).

Festzuhalten bleibt, dass man in der „Perestroika“ zwei Ebenen auseinander halten kann: Einerseits war sie eine *Reaktion* auf eine gesellschaftliche Krise mit

7 Weiter unterscheidet Mau (1996b) die Phase der radikalen Reformen (in Russland 1991-1994) und die der Konsolidierung der Revolution.

8 Waren es 1990 noch rund 20, so explodierte ihre Zahl ein Jahr später auf über 300 (Hildermeier 1998: 1038).

9 Darüber hinaus zirkulierte auch der Aganbegjan-Plan. Dessen Namensgeber, Abel Aganbegjan, war – genauso wie Abalkin – bereits an der Liberman-Diskussion beteiligt (Mau 1996a: 209). Beide gehörten überdies zur Generation der *šestidesjatiniki*.

ihrer deutlichsten Manifestation im ökonomischen Bereich aber auch mit – wie gezeigt – starken Folgen in anderen gesellschaftlichen Bereichen: Mit der „Perestroika“ versuchte der sowjetische Diskurs, die neu entstandenen Risse und Brüche zu flicken, neue Forderungen aufzunehmen und zu zähmen. Andererseits war sie *Auslöser* einer verstärkten gesellschaftlichen Pluralisierung und eines verstärkten Kampfes um Hegemonie im gesellschaftlichen Prozess. Statt zu flicken und zu zähmen, führte sie zu neuen Forderungen und Konflikten, beschwor letztlich neue Geister, die sie nicht zu bändigen vermochte. Die Perestroika-Position war also nur einer von mehreren Diskursen, die sich im Russland der späten 1980er Jahre anboten, um Dislokationen zu überwinden, und die in Konkurrenz um Hegemonie zueinander traten.

Für die hier eingenommene theoretische Perspektive bedeutet dies einen bisher unterbeleuchteten Aspekt, nämlich dass diskursive Versuche, Dislokationen zu kompensieren, selbst dazu führen können, die Verwerfungen zu vertiefen oder neue Brüche auszulösen. War also die Perestroika einerseits eine Antwort auf die dringenden ökonomischen, sozialen und politischen Herausforderungen, auf die der hegemoniale sowjetische Diskurs keine Antworten mehr zu bieten hatte, so vermochte die Perestroika ihrerseits keine überzeugenden neuen Lösungen zu liefern. Dazu war sie selbst zu sehr in Aspekte des sowjetischen Diskurses inkorporiert und setzte denselben bestehenden hegemonialen Diskurs unter Druck, spülte neue, sich teilweise widersprechende Forderungen an die Oberfläche, welche die Dislokation nur weiter vertieften. In den nächsten Abschnitten soll diesen Thesen nachgegangen werden und in einem ersten Schritt der Perestroika-Diskurs in seiner „reinsten Form“ – in der Auslegung Gorbatschows – erläutert werden.

5.3 POLITISCHE IDENTITÄT IN DEN REFORMJAHREN

5.3.1 Perestroika oder der unmögliche Spagat

Wie eingangs angedeutet, war die von Gorbatschow initiierte Perestroika von Anfang an problembeladen, da sie zwei widersprüchliche Missionen zugleich zu erfüllen hatte. Einerseits sollte sie wesentliche (ideologische) Elemente des Systems bewahren, andererseits Wesensmerkmale zerstören. Obwohl sie sich in die Tradition Lenins stellte und somit antrat, die Macht der KPdSU zu retten und zu erneuern, wirkte sie genau diesem Ziel entgegen.

Die Programmatik der Perestroika wird am deutlichsten in Gorbatschows Buch, *Perestroika und neues Denken* (*Perestrojka i novoe myšlenie*). Klar wird auch

gleich der Spagat, den die Perestroika damit versuchte. Gorbachëv ordnet die Perestroika zunächst in eine sozialistische Tradition ein:

„Im Westen [...] wird die Perestroika unterschiedlich interpretiert. [...] es spiegle sich darin die Ernüchterung über den Sozialismus und eine Krise seiner Ideale und höchsten Ziele. Nichts ist von der Wahrheit weiter entfernt als derartige Interpretationen.“ (Gorbachëv 1987: 9)

Gorbachëv fordert mehr Sozialismus *und* mehr Demokratie: „Mehr Sozialismus“ bedeute dabei „mehr Dynamik, [...], mehr Organisation, Gesetz und Ordnung, [...] mehr Demokratie, Offenheit und Kollektivismus, [...] Humanität, [...] Patriotismus und Streben nach hohen Idealen“ (ibid. 43).

„Wir werden uns weiter auf einen besseren Sozialismus zubewegen, und nicht von ihm weg, [...] Jede Hoffnung, wir würden eine andere, nicht-sozialistische Gesellschaft abstreben und in das andere Lager umschwenken, ist unrealistisch und zwecklos. Die Leute im Westen, die von uns eine Abkehr vom Sozialismus erwarten, werden enttäuscht sein.“ (Ibid.)

Gorbachëv setzt also Sozialismus unter anderem mit Demokratie gleich und Demokratie ihrerseits mit einer Vielzahl anderer teils gegensätzlicher Forderungen. Gerne koppelt er die Perestroika an Lenin'sche Prinzipien:

„According to memoirs of one of the members of Gorbachev's office, when there were no ready Lenin's phrases for justification of this or that action, Gorbachëv with no confusion invented his own ones. The most important thing was to supply any unorthodox term with the calming definition ,the socialist ...'.“ (Malinova 2007a: 10)

Gorbachëv verkaufte die Perestroika als eine ideologische Rückkehr zu Lenin und damit zu einem echten Sozialismus. Dass bei dieser „Revolution von oben“¹⁰ die

10 In der für Gorbachëv charakteristischen Ambivalenz ist Perestroika natürlich zugleich auch eine „Revolution von unten“, mit der er versuchte, Arbeiter gegen die Bürokratie zu mobilisieren: „Das besondere Merkmal und die Stärke der Perestroika ist, dass sie gleichzeitig eine Revolution von oben und von unten ist. Darin liegt eine der verlässlichsten Garantien für ihren Erfolg und ihre Unwiderrufbarkeit.“ (Gorbachëv 1987: 69) Es kann aber mit guten Gründen angezweifelt werden, ob es sich bei der Perestroika überhaupt um eine „Revolution“ gehandelt hat, gerade angesichts des

KPdSU die führende Rolle übernimmt, stand für Gorbachëv außer Frage (Gorbachëv 1987: 67).

So ist auch offensichtlich, dass Gorbachëvs vehemente Rufe nach Demokratie und Demokratisierung wenig zu tun haben mit Demokratie in einem „westlichen“ Verständnis. Im Nachhinein, in seinen Memoiren, definiert Gorbachëv Perestroika als politische Reform, deren Sinn vor allem darin bestand, „die Bürger wieder am politischen Prozess, an der Wirtschaft, der gesellschaftliche[n] Öffentlichkeit teilhaben zu lassen“ (Gorbachëv 1995: 390).

In diesem Lichte ist auch seine Forderung nach Glasnost zu sehen. Dieser Begriff ist keine Erfindung Gorbachëvs: Erwartungsgemäß lässt er sich auch bei Lenin finden; er wird auch in der Brežnev-Verfassung von 1977 genannt; Andropov oder Solženicyn forderten Glasnost. Gorbachëv selbst sprach erstmals 1984 davon. Er nutzte den Begriff im Zusammenhang mit den auf Andropov zurückgehenden Angriffen auf die Brežnev-Černenko-Bürokratie; ab Anfang 1986 dann auch im direkten Bezug auf die Medien (Gibbs 1999: 12f.). Gorbachëv wünschte eine stärkere Offenheit besonders innerhalb der Partei, Impulse von außen aber waren nicht unbedingt willkommen, insbesondere dann nicht, wenn sie Gorbachëvs Plänen widersprachen. Gibbs konstatiert:

„Gorbachëv was most approving of those which favored the reform course or which highlighted problems associated with his political adversaries. [...] Gorbachëv was highly sensitive to media use he considered counterproductive to his aims.“ (Gibbs 1999: 89)

Beim ersten wirklichen Test für die Glasnost, dem GAU in Černobyl' 1986, versagte sie dann auf der ganzen Linie (ibid. 40ff.): Die *Pravda* meldete den Vorfall erst vier Tage später; das Radio verharmloste die Katastrophe und setzte sie in Beziehung zu US-amerikanischen Störfällen und noch allgemeiner zu einem durch die USA angeheizten atomaren Wettrüsten.¹¹ Auch in der Andreje-

Bemühens Gorbachëvs, die Perestroika als „wahren“ lenin'schen Sozialismus darzustellen.

- 11 Zu Černobyl' schreibt Gorbachëv in seinen Memoiren: „Ich weise [...] entschieden die Anschuldigung zurück, die sowjetische Führung habe die ganze Wahrheit über Černobyl' absichtlich geheim gehalten. Wahr allerdings ist, dass wir das Ausmaß der Katastrophe damals selbst noch nicht kannten.“ (Gorbachëv 1995: 290) Des Weiteren betont er, dass die Kernenergie allgemein ein Bereich ist, der von Geheimhaltung charakterisiert sei und dass zumindest andere Staatschefs – nicht aber die Öffentlichkeit – frühzeitig informiert gewesen seien.

va-Affäre 1988 und im Falle der Sumagait-Ausschreitungen im selben Jahr operierte das Umfeld von Gorbachëv nicht gerade im Sinne der Glasnost.

Die Stärken von Gorbachëvs Buch sind zugleich seine Schwächen: Es bleibt zu vage, zu wenig konkret, zu ambivalent; es ist zu theoretisch, zu naiv, zu propagandistisch. Dies macht *Perestroika* in dem Sinne stark, dass es eine Vielzahl von Forderungen einzubinden versucht. Es ist letztlich ein populistisches Programm. Zugleich macht es *Perestroika* schwach, angreifbar von mehreren Seiten und als Programm kaum durchsetzbar. Vor allem stellt sich die Frage, ob der Signifikant der all dies zusammenhalten soll – ein echter, ursprünglicher, „Lenin’scher Sozialismus“ – diese Äquivalenzkette repräsentieren konnte.

Hier lohnt sich ein Blick auf die Forderungen der russischen „Demokraten“ im selben Zeitraum. Sie deuten auf einen ganz anderen Satz von Problemen, die *Perestroika* teilweise gar nicht artikulieren konnte. In deren Licht wirkt *Perestroika* etwas zu weltfremd: Bei allem Populismus blieben wichtige Forderungen außen vor.

5.3.2 Radikal-Reformer und Demokraten: Heterogenität der Positionen

In klassischen politikwissenschaftlichen Ansätzen der 1990er Jahre wurden die Oppositionskräfte der Zivilgesellschaft oft idealisiert und, als relativ monolithisch gedacht, einem ebenso monolithisch vorgestellten autoritären Staat gegenübergestellt. Doch eine nähere Betrachtung, beispielsweise des oft zitierten polnischen Falls während der 1980er Jahre, zeigt die Vielschichtigkeit und auch die inneren Widersprüche von Oppositionsbewegungen. Das gilt genauso für Russland. Die Zivilgesellschaft dort war wesentlich schwächer als in anderen Ostblock-Staaten (Howard 2003) oder hatte andere Formen angenommen. Dennoch blühte mit der *Perestroika* eine Vielzahl informeller Kräfte mit verschiedenen Agenden und Programmen auf.

Ein oppositionelles Lager, das in der Literatur identifiziert wird und das sich auch selbst als solches beschrieben hat, ist das Lager der „Demokraten“. Alexander Lukin (2000)¹² hat diese Gruppe einerseits als Ganzes analysiert und

12 Lukins Arbeit ist zunächst auf Englisch erschienen, liegt aber seit 2007 auch auf Russisch vor. Einerseits ist sie eine Arbeit über politische Kultur; andererseits ist sie auch Teil der politischen Kultur oder Ausdruck einer bestimmten politischen Kultur. Spätestens mit ihrem Erscheinen auf Russisch kann sie in den russischen akademischen und politischen Diskurs einfließen. Hier soll die Arbeit – mit aller gebotenen Vorsicht – als Sekundärliteratur verwendet werden.

damit vielleicht schon eine Vereinfachung vorgenommen. Zugleich aber hat er versucht, ihrer *politischen Kultur* in ihrem Facettenreichtum gerecht zu werden. Es ist gerade dieser Facettenreichtum, der es angebracht erscheinen lässt, von demokratischen Subkulturen im Plural zu sprechen.

Lukin erarbeitet zunächst die Ursprünge der demokratischen Überzeugungen und unterstreicht, dass „Demokratie“¹³ keineswegs ein verbotener oder der sowjetischen Terminologie fremder Signifikant war:

„On the contrary, the Soviet political system was officially considered to be democratic [...] Because of this, the use of the term by ‚democrats‘ did not mean open confrontation with the authorities. By contrast, the term ‚totalitarianism‘ with respect to the USSR immediately signified open opposition.“ (Lukin 2000: 192)

Daher war während der Perestroika fast jeder in Russland irgendwie „Demokrat“. Aber nicht jeder bezeichnete sich auch als solcher: „Demokratie“ kippte zu einem bestimmten Zeitpunkt, von einem im sowjetischen Diskurs eingeflochtenen Moment zu einer oppositionellen, unerfüllten Forderung. Das Demokratieverständnis der Demokraten inkorporierte aber paradoxerweise weiterhin viele kommunistische Elemente: Der Kommunismus wurde als eine perfekte Gesellschaft betrachtet, die ständigen technologischen Fortschritt produziert, die auf Freiheit, sozialer Gerechtigkeit, Wohlstand und Selbstverwaltung beruht und zur individuellen Entwicklung beiträgt. Nur einzelne Elemente, wie der Kollektivismus, wurden abgelehnt. (Ibid. 193)

Hier zeigt sich, wie sehr das Demokratieverständnis von kommunistischen oder marxistischen Axiomen vorgeprägt war. Sie waren wichtige Quellen des demokratischen Wissens in Russland. Unter anderem lieferte die kommunistische Erziehung den Fortschrittsglauben und den Materialismus. Lukin konstatiert, dass gerade aufgrund des starken Glaubens an den Kommunismus, den viele zukünftige Demokraten hegten, die Enttäuschung über dessen Scheitern in der Praxis besonders groß war. Die persönliche Lebenserfahrung war ein anderes Element, das die Demokraten in die Opposition trieb. Schließlich spielten noch andere Faktoren eine Rolle, wie Glasnost- und *Samizdat*-Literatur, seltener Reiseerfahrungen im Westen und Programme westlicher Radiosender. (Ibid. 113ff.)

13 Konsequenter setzt Lukin das Substantiv Demokratie und das dazugehörige Adjektiv in Anführungszeichen, um zum einen zu betonen, dass Demokratie im russischen Zusammenhang viele Bedeutungen hat, aber zum anderen auch, dass sie nicht unbedingt der westlichen Terminologie entsprach.

Darüber hinaus war den Demokraten die Vorstellung gemein, dass die Sowjetunion und ihr politisches System von einer bestimmten Norm abweichen würden: „[D]ie Sowjetunion war im Unterschied zum Russland der Jahrhundertwende kein normaler Staat“, schreibt Andrej Kozyrev (1995: 16). Die Norm wurde durch die westlichen Länder gesetzt, sie wurden als „normal“ erachtet. Demokratisierung wurde damit auch als *Normalisierung* interpretiert, als Anpassung an die „am weitesten entwickelten demokratischen Mächte“ (ibid. 22) beziehungsweise an die sozio-ökonomisch entwickeltsten Länder (Lukin 2000: 208).¹⁴ Demokratie und Marktwirtschaft in ihrer westlichen Ausprägung sind somit der Normalfall und alles andere ist die Abweichung. Demokratie und Marktwirtschaft werden als Universalien angesehen. Nicht zuletzt Kozyrev (1995) wird nicht müde, dies zu betonen: Russland soll so werden *wie jeder andere demokratische Staat* auch.¹⁵

Lukin (2000) isoliert die verschiedenen Dimensionen und Bedeutungen, die Demokratie in den Augen der russischen Demokraten annehmen konnte. Zunächst hätten sie die Vorstellungen der Perestroika mitgetragen, auch in dem Sinne, dass sie Sozialismus an sich nicht ablehnten. Nur glaubten sie nicht, dass die Sowjetunion bereits die höchste Entwicklungsstufe des Sozialismus erreicht hätte. Daher der Rückgriff auf Lenin – aus taktischen Gründen (wie bei Gorbatschow deutlich wird) und aus ideologischen. Sozialismus wurde entweder in die Zukunft projiziert oder in einigen westlichen Ländern (besonders in Skandinavien) erkannt. Später distanzieren sich einige Demokraten zunehmend von der leninistischen Position Gorbatschows, weil sie in Lenin zunehmend einen Wegbereiter Stalins sahen. Damit wandten sie sich vollständig dem Westen zu und ersetzen, so Lukin, unkritisch eine Ideologie (sozialistische Demokratie) durch eine andere: die von Demokratie und Kapitalismus nach westlichem Vorbild. (Lukin 2000: 194)

14 „The main idea of this ‚basic democratic ideology‘ was the conception of the deviating character of the Soviet ‚totalitarian‘ system that differed principally from ‚the normal‘ societies. So, the destruction of this system was seen as the first step towards ‚normality‘.“ (Malinova 2007a: 11)

15 So schreibt er zum Beispiel an einer Stelle ganz explizit: „Demokratie und Marktwirtschaft sind kein ausländischer Kaftan, den man versucht Russland überzuziehen, sondern der Königsweg, welchen völlig unterschiedliche Länder des Westens und Ostens folgen und sich damit nie gesehene Fortschritt und nie gesehene Blüte verschafft haben. Und auf gerade auf diesem Pfad vermochten sie es am besten, ihre nationale Eigenart (*samobytnost*) zu bewahren.“ (Kozyrev 1995: 23)

Lukin insistiert, dass Demokratie nicht so sehr als ein erstrebenswertes Ziel an sich betrachtet wurde, sondern als ein Mittel um eine perfektere Gesellschaft zu erreichen. In der letzteren Interpretation würden sich die Demokraten in einer Kontinuität zum kommunistischen Denken befinden. Die Demokratie als Prozedur wurde nicht immer klar auseinandergehalten von der Idee von Demokratie als progressive, ideale Gesellschaft. Lukin identifiziert schließlich noch eine weitere Ebene: Demokratie als *alltägliche Praxis*, als etwas, das sich im alltäglichen Handeln eines jeden manifestierte, als ein *way of life*.¹⁶

Später kristallisierten sich folgende vier Stränge von Demokratievorstellungen heraus, die teilweise getrennt, teilweise gemeinsam gedacht wurden:

Das erste Element des Denkens der russischen Demokraten war Demokratie als Freiheit oder „Demokratie im engeren Sinne“. Damit gemeint war insbesondere Freiheit von staatlicher Kontrolle, das heißt Demokratie als Antithese zu einer als totalitär empfundenen Kontrolle seitens des sowjetischen Staates; eine Herrschaft der Mehrheit müsse die Herrschaft der Minderheit ersetzen.

„In its most radical form this argument ran as follows: while previously the society was totally subordinate to the state, now the state should become categorically subordinate to society.“ (Lukin 2000: 196)

Lukin argumentiert, dass sich die Demokraten bei ihrer Kritik am sowjetischen Staat marxistischer Axiome als vorherrschende Analyseinstrumente bedienten. Der Staat sei in der Hand einer „herrschenden Klasse von Bürokraten“, die nicht mehr die sozialistischen Ideale verfolgen würden.¹⁷ Die Bürokratie als Klasse wurde in ihrer Beziehung zu den Produktionsmitteln analysiert. Die Bürokraten in der UdSSR seien also analog verstanden worden zu den Kapitalisten bei Marx. Zunehmend machte auch in Bezug auf die UdSSR der Begriff des Totalitarismus die Runde, wenn auch in einem anderen Sinn als in der westlichen Sozialwissenschaft. (Ibid. 171ff.; Gleason 1995: 211ff.)¹⁸

Die zweite zentrale Dimension von Demokratie im Denken der Demokraten war die „soziale Gerechtigkeit“. Soziale Gerechtigkeit – oder sogar explizit sozi-

16 „A democrat was someone who was ‚doing‘ democracy. Thus, according to the Democratic Union activist from Krasnoyarsk, Oleg Obryadin, he was expelled from university for being ‚engaged in democracy‘.“ (Lukin 2000: 196)

17 Hier zeigt sich eine Analogie zur marxistischen Argumentationsweise von Djilas (1958).

18 Wie sich weiter unten zeigen wird, ist die Bürokratie auch heute in oppositionellen Diskursen Gegenstand heftiger Kritik.

ale Gleichheit (Khasbulatov 1993: 107) – bedeutete vor allem die Beseitigung der Privilegien für die o.g. führende Klasse der Bürokraten.

„In this sense the term ‚social justice‘ was either used as a synonym of ‚democracy‘, or was understood as its integral part. Political democracy, elections in particular, were often seen as a method of eliminating the unjust system of distribution, of the ‚feudal‘ system of privileges of the ‚ruling class‘.“ (Lukin 2000: 204)

Doch es ging nicht nur um materielle, sondern auch um andere Privilegien, insbesondere um die Immunität, die viele Mitglieder der Nomenklatura de jure oder de facto besaßen. Daher mischte sich in die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit jene nach mehr Rechtsstaatlichkeit und Legalität. Rechtsstaatlichkeit war dabei nicht unbedingt ein Wert an sich, sondern ein Instrument, um die Privilegien der herrschenden Klasse zu bekämpfen und zu beseitigen.¹⁹

Die Forderung nach Legalität brach aber in dem Moment zusammen, in dem sie nicht mehr dem höheren Ziel der sozialen Gerechtigkeit diene. Ungerechte aber demokratische Gesetze konnten demnach missachtet werden. Laut Lukin waren die Werte von Gerechtigkeit und Legalität wichtiger als Demokratie an sich. Dies würde auch erklären, warum viele Demokraten mit der sich dann materialisierenden „Demokratie“ ab Anfang der 1990er enttäuscht waren.²⁰

Demokratie war für die russischen Demokraten drittens auch ein „Mittel zur Erlangung des westlichen Wohlstandes“. Diese Idealisierung des Westens als wohlhabend (oder zumindest wohlhabender als Russland) rekrutierte sich einerseits aus der Zurückweisung der sowjetischen Propaganda und andererseits aus (Zweite-Hand-Erfahrungen von) Reisen in das westliche Ausland. Auch Kozy-

19 Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit speist sich aus mindestens zwei Quellen: einer marxistischen (sozialen) Gerechtigkeit als eines der Schlüssel-Versprechen des Marxismus beziehungsweise Gerechtigkeit als Bestandteil „sozialistischer Legalität“; und einer Vorstellung von Rechtsstaatlichkeit als Kennzeichen „zivilisierter Gesellschaften“ – letztere eine Idee, an der sich die Demokraten ohnehin stark orientierten.

20 Andererseits und selbst wenn die 1990er als „demokratisch“ gewertet werden sollten, haben sie nicht zu mehr Gerechtigkeit geführt. Die angesprochene Haltung zum Verhältnis Demokratie-Gerechtigkeit könnte auch zum Vorgehen der Demokraten an der Macht unter El'cin im Oktober 1993 passen: Solange ein militärischer Schlag gegen das demokratisch gewählte Parlament als Schritt in Richtung mehr sozialer Gerechtigkeit gewertet werden konnte, war das undemokratische Vorgehen zweitrangig.

rev (1995) unterstreicht, dass die Anomalie Russlands besonders in seiner Armut besteht.²¹

In einem demokratischen System – so die Hoffnung – würden alle Widersprüche gelöst. Lukin unterstreicht insbesondere die problembeladenen Implikationen, die diese Assoziation von Demokratie mit materiellem Wohlstand in sich barg:

„If Russian ‚democracy‘ did not lead to prosperity, if democratic Russia remained ‚poor‘, a wish to achieve prosperity by other means could emerge. This was exactly what happened after the coming of the ‚democrats‘ to power. When some of them found out that ‚democratic‘ reforms were unable to secure the level of prosperity of the ‚democratic West‘, theories about the possibility of reaching prosperity by an authoritarian leap towards the market became popular. A temporary abolition of democracy was advocated for the sake of ‚democracy‘ itself.“ (Lukin 2000: 211f.)

Und so wurde immer häufiger das chinesische Modell ins Feld geführt, Rufe nach autoritärer Modernisierung wurden laut. Politiker sympathisierten offen mit Augusto Pinochet, darunter der Armeegeneral und Präsidentschaftskandidat Alexandr Lebed; und früher noch: der ehemalige Vorsitzende des Obersten Sowjets, Ruslan Chasbulatov – und auch heute finden sich Oppositionelle, die ähnliche Forderungen erheben.

Darüber hinaus gab es noch ein gewichtiges Argument für eine autoritäre Reform hin zu mehr Wohlstand: Die Gefahr, dass durch Wahlen oder andere demokratische Mechanismen die Reformen wieder rückgängig gemacht werden könnten. Ein erster Ansatz dazu wurde in der russischen Verfassungskrise 1993 gesehen. Klar im Vordergrund steht hier also „Reform“ als „Marktreform hin zu mehr Wohlstand“ und nicht „Reform“ im Sinne von Demokratisierung. Im Gegenteil: Wenn nötig, sollten die unternommenen Schritte zur Demokratie der

21 „Reichtum an natürlichen Ressourcen einerseits, materielle Armut im alltäglichen Leben der Menschen andererseits. Höchstes Niveau von Technik und Wissenschaften, in der Regel [...] direkt oder indirekt mit dem militärisch-industriellen Komplex verbunden. Doch dort, wo die Dinge die tagtäglichen Hoffnungen der Menschen betreffen: Vernachlässigung und Armut. Ein riesiges System sozialer Garantien, das aber nicht von der Quantität und Qualität der Arbeit abhängt, sondern von Gnadengeschenken des Staates, und das zu einer falschen Gleichheit im Elend führt. Eine ökonomische Autarkie zur Protektion der einheimischen Produzenten, die sie aber gleichzeitig zu Konkurrenzunfähigkeit und technologischer Rückständigkeit verdammt.“ (Kozyrev 1995: 16)

Marktreform geopfert werden, mit dem Ziel, den Wohlstand zu steigern. Dies passte dann auch zu der oben angedeuteten Möglichkeit, dass die Demokraten „undemokratische“ Gesetze nicht unbedingt zu beachten gedachten. „Undemokratisch“ konnte in diesem Fall auch „anti-marktreformatorisch“ sein.²²

Viertens und letztens hatte Demokratie in der Vorstellung der Demokraten auch eine abstrakte, idealistische Ebene. Demokratie wurde als „Weg zur moralischen und spirituellen Erneuerung der Gesellschaft“ gesehen.

„[A]n inseparable part of the ‚democratic‘ political subculture was a belief that life [...] was [...] characterized by a deeper meaning, by a possibility of realization of the creative abilities inherent by person, by a higher level of spiritual and moral feeling, by life without lies and vice. Democracy was understood as a panacea, which could save not only society, but also every single individual, from troubles and misfortunes, from every sin of [...] ‚bureaucratic dictatorship‘, and bring joy and happiness.“ (Ibid. 212)

In einem quasi darwinistischen Selektionsprozess und durch den der Demokratie inhärenten Pluralismus käme es zu einer Auswahl der besten Ideen und Konzepte. Das Streben nach einer perfekten Gesellschaft zeugt abermals von Anleihen im kommunistischen Denken. Lukin zitiert direkte Vergleiche von Demokraten, die Parallelen sehen zu den Versprechen Chruščëvs in den 1960er Jahren, dass der Kommunismus „bis 1980“ aufgebaut werde. Das Potenzial für Enttäuschungen war angesichts dieser beinahe spirituellen Maximalforderungen natürlich groß.

Diese verschiedenen Forderungen waren miteinander verflochten, traten einzeln oder zusammen auf oder wechselten sich ab. Ein Beispiel liefert die Entwicklung der Position El'cins, dem „Demokraten“ schlechthin:

„While from 1988-91 Yeltsin's beliefs were ‚democratic‘ they were closer to the communitarian-social justice type than to radical-market libertarianism. [...] However, after August 1991 Yeltsin's views radically changed and he totally supported the radical marketeers and Westernizers.“ (Ibid. 293)²³

22 Ein potenzielles Dilemma tat sich auch auf, blickt man auf das zuvor genannte Konzept von Demokratie als soziale Gerechtigkeit. Denn auch in westlichen Gesellschaften war der Wohlstand oft alles andere als gerecht verteilt.

23 Diese beiden idealtypischen Positionen finden sich später wieder in den Positionen der beiden „demokratischen“ Parteien *SPS* (marktliberal) und *Jabloko* (sozialdemokratisch).

Diese radikalen Marktreformer wurden besonders gut repräsentiert durch Egor Gajdar. Gajdars Generation löste gewissermaßen die in die Jahre gekommenen *šestidesyatniki* ab, die noch Gorbačëv zur Seite standen. Der Unterschied ist markant. Zweynert beschreibt ihn folgendermaßen:

„While the *šestidesyatniki* [...] had been impressed by works of Thorstein Veblen, Gunnar Myrdal and Kenneth Galbraith, [...] Milton Friedman, Friedrich August Hayek, and Ludwig Mises became the heroes of what one might call the *vosmidesyatniki*.“ (Zweynert 2006: 6f.)

Es sind dann auch die radikalen Marktliberalisierer wie Gajdar oder Gennadij Burbulis mit ihrer Forderung nach „Demokratie hier und jetzt“ (und die doch vor allem meinten: „Marktwirtschaft hier und jetzt“), die als „Demokraten“ plötzlich an der Macht waren, bis ca. 1993 freie Hand hatten und auch bis ca. 1998 einflussreich blieben – und enttäuschten, weil ihre Reformen auf keiner der genannten Ebenen Erfolge erzielen konnten.

Lukin beklagt, dass sich eine politische Kultur der „Massen“ gegen die demokratische Subkultur durchgesetzt habe (ibid. 192ff.). Dies ist aber eine recht elitäre Position (ganz in der Tradition des *Obščestvo-Narod*-Gegensatzes). Lukin fasst zusammen, dass die Vorstellungen von Demokratie, welche die Demokraten in Russland Ende dieser Periode hatten, zu heterogen waren und zum Teil auch nicht den „westlichen“ entsprachen:

„Many ideas borrowed from the West were reinterpreted within the framework of a belief system that saw democracy as an ideal society which could solve all of mankind's material and spiritual problems. [...] Finally, 'democratic' activists viewed democracy not as a system of compromises among various groups and interests [...] but as the unlimited power of the 'democrats' replacing the unlimited power of the Communists. Naturally, people who shared these beliefs could hardly create a liberal democracy based on the rule of law.“ (Ibid. 298)

Diese Enttäuschungen, besonders mit den neoliberalen Reformen und ihren sozialen Konsequenzen (Casula 2008), rückten die Frage nach der eigenen Identität zunehmend in den Vordergrund – auch in den russischen Wirtschaftswissenschaften (Zajceva 1994).

Insgesamt zeigen diese Ausführungen die Vielfalt – und die Konkurrenz und den Kampf – mehrerer demokratischer Identitäten und dass ihre Herausbildung sich auf marxistische/sowjetische Weltanschauungen stützt. Es zeigt sich auch, dass es nicht *die* demokratische Position gibt und sicherlich Überlappungen zu

nationalistischen und sozialistischen (Perestroika-) Forderungen existieren. Aus diskurstheoretischer Perspektive bedeutet dies, dass „Demokratie“ mit verschiedenen Signifikaten aufgeladen wurde. Diese hatten teilweise ihren Ursprung in Forderungen, die bereits im sowjetischen Diskurs inkorporiert waren. Sie traten nun zur Fixierung des Demokratie-Begriffes in eine Konkurrenz zueinander. Die Positionierungen El'cins wie auch die Periode sehr liberaler ökonomischer Reformen (ab ca. 1993) deuten auf partielle Fixierungen des Demokratiebegriffes in den frühen 1990er Jahren. Wenn also ein Strang des russischen demokratischen Denkens Ende der 1990er Jahre an Einfluss verlor (jener der Marktliberalisierer), so ist dies also keineswegs einfach nur ein Sieg „Kultur der Massen“, sondern eine Verschiebung (der Grenzen) im demokratischen Diskurs einerseits und im politischen Diskurs Russlands andererseits.

5.3.3 Konservative und restaurative Strömungen

Der hier als national-konservativ bezeichnete Diskurs umfasst eine Vielzahl von Strömungen und Forderungen. Die Adjektive „konservativ“, „restaurativ“ und „national“ können ohne nähere Qualifizierung mehr Verwirrung als Klarheit stiften. Zu unterscheiden sind sicherlich konservative Forderungen in den späten 1980er von konservativen Forderungen in den 1990er Jahren. Auf die 1980er Jahre bezogen, kann „konservativ“ jene Forderungen bezeichnen, die auf eine Bewahrung der Union abzielten. In diesem Sinne war auch der Perestroika-Diskurs konservativ, insofern er Reformen als funktional ansah, um Grundfesten des sowjetischen Systems, wie die Einparteienherrschaft, zu erhalten. Der national-konservative Diskurs artikulierte aber auch restaurative Elemente. Die Vertreter des *GKČP*, die den Augustputsch 1991 verantworteten, waren sicherlich die offensichtlichsten Repräsentanten eines Diskurses, der einen *Status quo ante* Gorbatschow symbolisierte. Restaurative Elemente fanden sich auch in den 1990er Jahren, die in nationalistischen oder „kommunistischen“ („bolschewistischen“) Diskursen artikuliert wurden. Dabei umfassten die restaurativen Elemente sowohl Forderungen nach Wiederherstellung einer sowjetischen wie auch einer vorsowjetischen Ordnung. Gemeinsam ist all diesen Perspektiven ein dezidiert ablehnender Blick auf Demokratie und Marktwirtschaft. Gemeinsam ist ihnen aber auch ein „nationalistisches“ oder „patriotisches“ Element, eine ausgeprägte Sorge um Russland, den russischen Staat und das russische Volk. Dabei wurde und wird teilweise die Sowjetunion als ein System betrachtet, in dem sich Russland und dessen Staatlichkeit angemessen ausgedrückt hat. All diese verschiedenen Ausprägungen und Verschiebungen fanden in der Literaten-Szene Russlands der späten 1980er und frühen 1990er Jahre Ausdruck. Die russische Literatur

liefert viele exemplarische Hinweise für die Positionierungen und Forderungen im national-konservativen Lager.

Nicht nur in der späten Sowjetunion war die Literatur stark politisiert. Ihr wurde eine wichtige aufklärerische Funktion zugeschrieben, und entsprechend musste sie klaren ideologischen Vorgaben folgen. Auch Gorbachëv stützte sich auf verschiedene Literaten, um seinen Perestroika-Kurs zu untermauern. Mit der Perestroika verschärfte sich allerdings auch der Konkurrenzkampf unter den Schriftstellern, da neben etablierten plötzlich auch vorher verbotene Autoren auf die Bühne drängten und publiziert wurden. Dieser Kampf äußerte sich auch darin, dass sich verschiedene wichtige Zeitschriften, wie *Novyj Mir*, diesen bis dahin inoffiziellen Gruppen öffneten. Die etablierten Autoren versuchten mit aller Kraft, ihr Monopol zu erhalten. Dies mündete 1990/91 in einen „Bürgerkrieg der Literaten“ (Mey 2004: 24ff.).

Alexandr Solženicyn – aus dem Exil kommend – war zwar kein direkter Teilnehmer an diesem „Bürgerkrieg“, doch kann er als so etwas wie der Pate anderer national-konservativer Autoren gelten, die im Zuge der Perestroika vermehrt Auftrieb erhielten. Am 18. September 1990 erschien in einer Auflage von 25 Millionen Exemplaren und in verschiedenen Zeitungen, darunter auch die angesehene *Literaturnaja Gazeta*, sein Manifest *Russlands Weg aus der Krise*²⁴. Darin präsentiert Alexandr Solženicyn den Entwurf einer neuen russischen Identität in einem wiedergegründeten russischen Staat. Dass der Autor offen zur Zerschlagung der UdSSR aufrief, sicherte dem Text große Aufmerksamkeit.²⁵

Obwohl die Sorge des Autors vor allem dem russischen Seelenheil gilt und obwohl er, wie er selbst gesteht, kein Ökonom sei (Solženicyn 1990: 27), erhebt er in seinem Aufsatz eine ganze Reihe politisch-ökonomischer Forderungen, welche die Grundlage für „weitere Erörterungen“ (ibid. 71) durch Personen bilden sollten, die fachkundiger seien als er. Seine Kernforderung ist eine Verbindung von bäuerlicher Lebensweise und „gesunder Privatinitiative“. Solženicyn spricht sich für eine Stärkung traditioneller Familienstrukturen aus, für die Förderung von Bildung (ibid. 31) und für eine Aufwertung der Provinz gegenüber den Zentren durch Selbstverwaltung (ibid. 29).

24 Im Original: Wie können wir Russland wieder aufbauen? – *Kak nam obustroit' Rossiju?*

25 „Given its huge readership, the brochure inevitably served as a catalyst for ethnic Russians to begin thinking about the future of the Soviet empire.“ (Dunlop 1994: 620f.)

Das Konzept der Selbstverwaltung steht denn auch im Zentrum des von Solženicyn vorgeschlagenen Staatswesens. Um einen neuen Staatsorganismus wachsen zu lassen, müsse man „unten beginnen, vor Ort“ (ibid. 35). Er spricht sich für eine Demokratie aus, allerdings nicht als „Kult“, nicht als Ziel, sondern „als Mittel“ (ibid. 45) – ganz in Analogie zu den Demokratievorstellungen einiger „Demokraten“. Für ihn steht die „Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit“ über dem Prinzip der Demokratie (ibid.). Solženicyn befürwortet eine direkte Volksvertretung: Die Bildung einer Klasse von Berufs-Politikern und von durch partikulare Interessen geleiteten Parteien soll verhindert werden (ibid. 55). Stattdessen fordert er eine *Demokratie in kleinen Territorien* (ibid. 56). Solange die Volksvertreter lokal gewählt und lokal verankert seien, würden sie auch die Interessen der Bevölkerung vertreten. Dies ist die Essenz von Solženicyns *Zemstvo*-Systems. Auf gesamtrossischer Ebene soll es einen starken Präsidenten geben, dessen Befugnisse aber klar durch Gesetze begrenzt sind (ibid. 65).

Hier mischen sich Vorstellungen über das politische Gemeinwesen mit Vorstellungen über die russische Nation. Gerade bei Solženicyn wird deutlich, wie eng politische und nationale Identitäten zueinander in Beziehung stehen, wie verwandt und teilweise austauschbar ihre Signifikanten sind. So sind auch Solženicyns Vorstellungen über die neue und ökonomische Ordnung abgeleitet aus klaren Vorstellungen über das *Wesen Russlands*. Hier manifestiert sich auch ein Unterschied zum demokratischen Diskurs. Besonders aus der Sicht des national-konservativen Diskurses schenken die Demokraten Russlands *samobytnost'* zu wenig Aufmerksamkeit. Dennoch: Auch der demokratische Diskurs fußt auf einer bestimmten nationalen Vision Russlands als Teil der modernen, fortschrittlichen Welt (zum Beispiel: Kozyrev).²⁶ In diesem Sinne ist der offizielle Diskurs in Putins Russlands durchaus in einer Linie zu sehen mit dem demokratischen Diskurs der Wendejahre.

Dieses Zusammenfallen zweier im Grunde separater Diskurse wird auch bei anderen national-konservativen Schriftstellern deutlich. Zwar ist die Frage nach

26 Auch Chasbulatov (Khasbulatov 1993: 121ff.) äußert sich positiv über Solženicyns Artikel und attestiert ihm, dass er viele Themen behandelt, die auch unter den Bedingungen der Perestroika selten angesprochen werden. Allerdings lassen sich in Chasbulatovs Kommentaren leichte Dissonanzen zu Solženicyn herauslesen. Chasbulatov ist nicht für eine vollständige Auflösung der UdSSR – dass die Union in der bisherigen Form nicht weiterexistieren könne, sei eine bittere Wahrheit (ibid. 122) – ein Weiterbestehen unter anderen Vorzeichen schließt er aber nicht aus; und in manchen Situationen könne die Demokratie nicht nur Mittel zum Zweck, sondern auch Ziel an sich sein (ibid. 123f.).

dem Staat und dem politischen System Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre eine ganz zentrale, doch bleiben die Autoren vage in ihren politischen Vorstellungen. Wie auch Solženicyn sind sie weder Politiker noch Ökonomen.

Alexandra Mey (2001) rückt insbesondere vier Schriftsteller in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit: Vladimir Solouchin, Valentin Rasputin, Aleksandr Prochanov und Edvard Limonov. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie eine groß-russische Perspektive vertreten. Unabhängig vom zukünftigen politischen System unterstreichen alle vier Autoren, dass das neue Russland nicht alle Gebiete inkorporiert, die eigentlich zu Russland gehörten.

Vladimir Solouchin war schon in der Sowjetunion Mitglied von nationalistischen Organisationen, die unter Brežnev geduldet wurden. Unter der Perestroika begann er, sich offener zu seinem Nationalismus zu bekennen. Er hat als einziger eine klare Staatsform vor Augen, nämlich die Monarchie. Wie auch andere Autoren, greift er also besonders auf das vorrevolutionäre Russland als richtungsweisend zurück.

Vladimir Rasputin wurde im Umfeld der russischen Ökologie-Bewegung politisiert. Er setzte sich bereits vor der Perestroika stark für den Naturschutz im Allgemeinen und für den Erhalt des Baikalsees im Speziellen ein. Rasputin war zu Beginn der Perestroika auch ein Unterstützer Gorbachëvs. So schrieb er mit *Požar (Der Brand)* einen der großen Perestroika-Romane. Rasputin beschwor genauso wie Solženicyn die Dorfgemeinschaft. Im Gegensatz zu ihm sah er die sowjetischen Kolchosen als deren Weiterentwicklung. Hier endet aber seine Sowjetnostalgie. (Ibid. 169ff.)

Alexandr Prochanov dagegen rief bis zuletzt zur Aufrechterhaltung der Union auf. Als Autor stand Prochanov dem militärischen Establishment nahe: So verfasste er mehrere Romane über Afghanistan, in denen er die „Heldentaten“ der Roten Armee pries. Politisch strebte er immer wieder die Gründung einer Links-rechts-Koalition an (ibid. 240). Er engagierte sich in verschiedenen reformfeindlichen Gruppen. Die erfolgreichste von ihm initiierte Gruppe war die Nationale Rettungsfront (*Front nacionalnogo spasenija*, FNS). Prochanov bedauerte den Untergang der UdSSR und fühlte sich entsprechend fremd im unabhängigen Russland. Seine Vorstellungen zur Organisation des Staates beruhten vor allem auf der Idee eines starken Zentralismus – womit er sich klar im Widerspruch zu Solženicyn befand; die konkrete Staatsform konnte für ihn aber variabel sein. Wichtig war ihm ein großes, zentralistisch organisiertes Russland. Daher auch seine Anerkennung sowohl für die UdSSR als auch für das zaristische Russland. (Ibid. 266ff.)

Am enigmatischsten verhält sich Eduard Limonov. Ähnlich wie Solženicyn kehrte er Anfang der 1990er Jahre aus dem US-amerikanischen Exil zurück, wo

er 1979 mit dem Skandalroman *Éto ja – edička* (in der englischen Übersetzung: *It's me – Eddie*) einen Welterfolg gefeiert hatte. Ähnlich wie Prochanov sah er eine Kontinuität zwischen Zarenreich und UdSSR. Vom russozentrischen sowjetischen Nationalisten wandelt er sich zum „Patrioten Groß-Russlands“ (ibid. 338). Am deutlichsten werden seine Positionen aus der Programmatik der von ihm gegründeten Nationalbolschewistischen Front, die heute Nationalbolschewistische Partei heißt. Sie positioniert sich insbesondere als anti-liberale, anti-demokratische und anti-kapitalistische Bewegung. Sie postuliert die totale Rebellion gegen das System sowie dessen Ersetzung durch ein traditionell hierarchisches Modell und die Errichtung eines totalitären Staates von „Gibraltar bis Vladivostok“ unter russischer Führung. Wie fast alles bei Limonov, ist auch das Programm der Nationalbolschewisten, mit der Verbindung nationalsozialistischer, faschistischer und bolschewistischer Elemente und Symbole, eine einzige Provokation – eine Provokation aber, die allerdings eine handfest-brutale Praxis nach sich zieht.

Die Nationalbolschewisten können auch als eine der radikalsten Ausdrucksformen der *Civilizationists* (Tsygankov 2006)²⁷ angesehen werden. In beiden von ihnen vertretenen Diskursen manifestiert sich nochmals der enge Nexus zwischen außenpolitischer Programmatik und Vorstellungen über die Identität Russlands. Beide Denkrichtungen teilen eine konfrontative Perspektive in der Außenpolitik: „The authoritarians' use of anti-Semitism, racism, and xenophobia domestically conforms to their desire for a new Russian imperialism based on pan-Slavism, racism, and fear of the West.“ (Chafetz 1996: 679) In sowjetischer Tradition argumentierend sehen sie den Westen – und vor allem die USA – als Feind, der Russland einkreisen will. Entsprechend interpretieren sie internationale Beziehungen als einen Kampf gegen die drohende Weltherrschaft der USA und ihrer Alliierten (ibid. 678). Jegliche Kooperation mit dem Westen sei unmöglich. Der Westen wird als Antagonist porträtiert. Gerade wegen der vermeintlichen Einkreisung fordern sie, die Reform-Experimente in Russland zu beenden und zu einem autoritären System zurückzukehren, mit dem man der durch den Westen repräsentierten existentiellen Gefahr am besten begegnen könne.

So wurde diese Gruppe bald zu einem der wichtigsten politischen Gegnern El'cins. Allerdings lieferte sie El'cin auch eine Möglichkeit, gegenüber dem Westen sowie gegenüber einem inneren Publikum den Teufel an die Wand zu

27 Andere Bezeichnungen sind *Expansionists* (gemünzt auf die LDPR) beziehungsweise *National Communists* (mit Bezug auf die KPRF) (Tsygankov 2005), *Revolutionary Expansionists* (Tsygankov 1997), *Authoritarians* (Chafetz 1996), *Left-Right Coalition* (Richter 1996) oder oft auch (im Russischen) National-Patrioten.

malen und damit Legitimität zu bewahren. Eine erste massive Zuspitzung erfolgte im Oktober 1993, als das national-konservativ dominierte Parlament El'cin absetzte. Der Präsident konnte sich nur noch mit Waffengewalt durchsetzen und führte eine Präsidialverfassung ein. Gleichzeitig erlitt El'cin aber politisch eine empfindliche Niederlage: Von der Unzufriedenheit der Bevölkerung über den Austeritäts-Kurs und – wie Chafetz (1996) schreibt – von der Gewalt, die El'cin gegen das Parlament eingesetzt hatte, profitierten die national-konservativen Kräfte: In der neuen Duma gewannen sie insgesamt 43 Prozent der Stimmen. Die KPRF und die LDPR blieben – auf unterschiedliche Art und Weise – während der gesamten 1990er Jahre wichtige parlamentarische Oppositionsparteien in Russland, die auch nach 1993 Hauptgegner der „Demokraten“ waren oder als solche porträtiert werden konnten (Kozyrev 1995: 18f., 56f.). Beide trugen indirekt auch Forderungen und Ideen der Nationalbolschewisten in die Duma, wenn auch mit unterschiedlichen Nuancierungen und ohne die totale Ablehnung des Systems.

5.3.4 Herausbildung der Statists: Zwischen Westlern und Konservativen

Die *Statists* bildeten sich insbesondere mit dem Scheitern der *International Institutionalists* heraus.²⁸ Kennzeichnend war der Wechsel im Außenressort der Regierung: Der (in Brüssel geborene) *Westernizer* Andrej Kozyrev²⁹ wurde durch Jevgenij Primakov ersetzt, einem ausgebildeten Orient-Spezialisten. Als vorrangig außenpolitische Denkrichtung hatte der Etatismus zunächst keinen explizit innenpolitischen Plan – und auch keine explizite Position zur Demokratie. Der Etatismus gibt sich betont unideologisch.³⁰ Zudem zeigen die Positionen der

28 Wie auch bei den anderen Gruppierungen, sollte die Homogenität der *Statists* nicht überbewertet werden – gerade nicht im Zeitverlauf. Tsygankov (1997) bezeichnet sie als *Realists* und unterscheidet zwischen *Defensive Realists* und *Aggressive Realists*. Letztere rückt er dabei ideologisch und personell in die Nähe der national-konservativen Kräfte (ibid. 251). Die *Defensive Realists* stehen dagegen den *International Institutionalists* näher.

29 Kozyrev selbst erklärte sich später ebenfalls zu einem „demokratischen Etatisten“ (Kozyrev 1995: 38).

30 Wie sich aber zeigen wird, sind mit dieser Selbstdarstellung ausgeprägte weltanschauliche Positionen verbunden beziehungsweise: Die zur Schau getragene Abwesenheit von Ideologie ist selbst ideologisch.

Etatisten abermals auf, wie eng außenpolitische Ausrichtung und nationale Identität miteinander verbunden sind.

Deutlich wird dies bei der Einschätzung der Entwicklung Russlands in den 1990er Jahren. In vielerlei Hinsicht sind die Memoiren Primakovs typisch für den etatistischen Diskurs. Nach der als demütigend empfundenen Entwicklung der sowjetischen und russischen außenpolitischen Situation wurde nun ein Ruf nach einer Aufwertung des Status Russlands laut.

Primakov schreibt von einer „Empörung“ über den Zustand des Landes und insbesondere über den Zustand des *Staates*:

„What caused me the most concern and even indignation at that time was the lack of progress in strengthening the *power of law*. With public discontent rising over the inertia of the state bodies and the *lack of order* and discipline, voices were increasingly clamoring for an end of the ‚democratic game‘ and a return to a ‚strong hand‘ at the helm. [...] [T]hose voices were not solely those of nostalgic conservatives; they came from those who were disappointed by the inability of the powers to organize things and *achieve results* during the transition to democracy.“ (Primakov 2004: 72; eig. Hervorh.)

In diesem Absatz spiegeln sich die wichtigsten innenpolitischen Forderungen der Etatisten wider: Rechtsstaatlichkeit, Effizienz des Staates, Ordnung, Disziplin, Erzielen von greifbaren Ergebnissen. All dies fehlte aus der Sicht Primakovs in den 1990er Jahren. Der von den „Pseudoliberalen“ verordnete Kurs habe Korruption, Wirtschaftskriminalität und staatlicher Willkür Tür und Tor geöffnet; Milliarden Dollar seien illegal erworben, gestohlen oder ins Ausland transferiert worden – die Finanzkrise 1998 sei die logische Konsequenz gewesen (ibid. 212). In mehreren Passagen prangert Primakov die Auswüchse der Privatisierung an:

„I want to make it clear that I was never against honest entrepreneurs and business people, and gave them all sorts of support. [...] But along with honest entrepreneurs and business people there are enterprising thieves and economic criminals, whom I always thought had to be fought, and fought as hard as possible.“ (Ibid. 228)

Es war nach der Finanzkrise 1998, dass Primakov aus dem Außenressort in das Amt des Premierministers wechselte. Damit erhielt ein *Statist* die Chance, die innenpolitischen Geschicke des Landes mitzugestalten. Noch aber waren aus Primakovs Sicht jene Oligarchen an der Macht, die von dem Chaos der 1990er Jahre am meisten profitiert hatten und mit El’cin eine Symbiose eingegangen waren. Primakov beschreibt sie immer wieder mit kaum verhohlener Bitterkeit:

„Keeping in mind that *the main goal was to calm down the society and stabilize the situation*, I decided first of all to determine what should not be done in these circumstances. The Russian economy fallen flat on its back, the knockout blow against the country's living standards, the burning anger over 1990s economic policy that enveloped society, the president's confusion, *the desire of those who had made their way to the top of political power to slip into the shadows* – all these factors in the government's hands.“ (Ibid. 216, eig. Hervorh.)

Um die Gemüter zu beruhigen und die Lage zu stabilisieren, so Primakov, entschied er sich dafür, nicht direkt gegen die Gewinner des Systemwechsels und Verursacher der Krise vorzugehen – wofür ihm wohl auch der politische Einfluss fehlte. Dies hätte nur zu einer weiteren Polarisierung der Gesellschaften geführt und „zur Errichtung von Barrikaden“ (ibid.). Eine neuerliche Umverteilung des Eigentums kam nicht in Frage (dies würde ein „Blutbad“ nach sich ziehen), genauso wenig wie eine „Rückkehr zu den guten alten Zeiten“ (ibid. 216f.).

Vielmehr stand im Zentrum des von ihm repräsentierten Diskurses die Stärkung des Staates, sowohl im weiteren ökonomischen wie im engeren politischen Bereich. Primakov selbst sah seine Arbeit als darauf gerichtet, eine „vernünftige“ Ordnung zu errichten und vor allem die Rolle des Staates in der Wirtschaft zu stärken: “State intervention was propelled by the fact that Russia needed to find a way out of a very serious crisis. The market could not do the job alone.“ (Ibid. 218)³¹

Allgemein sehen die Etatisten eine stärkere Rolle des Staates – in der Wirtschaft und darüber hinaus. In vielen Fällen wurde diese Rolle mit der Forderung nach Herstellung und Aufrechterhaltung der *Stabilität* begründet. Tsygankov (2006: 63) bringt die Popularität von etatistischen Positionen auch mit dem sinkenden Lebensstandard als Folge von El'cins Reformen in Verbindung.³²

Diese stärkere Intervention des Staates in den ökonomischen Prozess begründet Primakov außerdem mit einem Verweis auf die Politiken des *New Deal* in den USA und auf den Wirtschaftsaufschwung in Deutschland nach 1945, besonders unter Ludwig Erhard – nur so konnte ein Weg gefunden werden zwischen „Diktatur und Chaos“:

31 Gemeint ist insbesondere die Finanzkrise 1998.

32 Die Etatisten forderten auch, die Kürzung von Subventionen an große Industriebetriebe rückgängig zu machen. Entsprechend konnten sie sich der Unterstützung der Großindustrie – speziell des Öl- und Rüstungssektors (Chafetz 1996: 677) – sicher sein.

„So this is how our government was creating conditions for the political and social stabilization of Russia, while the rest of the world was wondering whether our country would collapse. When I became prime minister and for some time afterward, the most important task was to find a path between dictatorship and chaos. I think we found it by strengthening the role of the state and increasing its effectiveness.“ (Ibid. 228f.)

Natürlich sind die Ausführungen Primakovs genregemäß dadurch motiviert, sich der Nachwelt in einem möglich guten Licht zu präsentieren. Seine einleitenden Seiten zeigen auch, dass er sich nicht nur mit Putin gut stellen will, sondern auch die Kontinuität der Politiken („von Primakov zu Putin“) zu unterstreichen sucht.³³ Bei allen Einschränkungen und bei aller Vorsicht, mit denen man Primakovs Ausführungen lesen muss, sind seine Aussagen sehr emblematisch für den Diskurs der Etatisten mit ihrer besonderen Betonung der Stabilität, des russischen Großmachtstatus und der besonderen Rolle des Staates. Für eine Kontinuität zwischen Primakov und Putin gibt es daher in der Tat viele Hinweise.³⁴

5.4 NATIONALE IDENTITÄT IN DEN REFORMJAHREN

Grob lassen sich drei Perioden in der Entwicklung der russischen und sowjetischen Identität unterscheiden:

- die vorrevolutionäre Phase bis 1917 (die zaristische russische nationale Identität);
- die Jahre nach der Revolution, insbesondere 1923-1931 (die Periode der *Affirmative Action*³⁵); und
- die Phase nach dem Ende der *Affirmative Action* (ca. 1931-37) und vor dem Großen Vaterländischen Krieg (1941-1945) mit einer klaren Aufwertung der russischen nationalen Identität und der Herausbildung eines Russozentrismus.

33 In mancherlei Hinsicht nahm Primakov tatsächlich die Politiken Putins vorweg – nur dass ihm für weiterreichende Reformen die entsprechenden (präsidialen) Machtbefugnisse fehlten.

34 Es gibt aber auch Unterschiede, wie die außenpolitische Verschiebung von einem Great Power Balancing zu einem Great Power Pragmatism (Tsygankov 2006).

35 Affirmative Action bedeutet ursprünglich die Förderung der afroamerikanischen Bevölkerung in den USA seit der Bürgerrechtsbewegung. Martin (2001) überträgt den Begriff auf den sowjetischen Zusammenhang.

Die vorrevolutionäre Phase legte die Grundlagen der russischen nationalen Identität. Verschiedene Autoren (Rogger 1983; Kappeler 2001; Mey 2001) unterscheiden einen staatlichen Reichspatriotismus und ein elitäres, modernes ethno-kulturelles Nationalbewusstsein. Erst die Diskurse der Westler und Slawophilen, die im 19. Jahrhundert entstanden, versuchten ein vertikal und horizontal integrierendes Nationalbewusstsein zu schaffen. Auch in Reaktion darauf umarmte der offizielle Staatsapparat unter Sergej Uvarov, Minister für Volksaufklärung von 1833-1849,³⁶ das Element der *Narodnost* – der „nationalen Eigenart“ (s. auch Ebbinghaus 2006). Trotz weiterer Impulse – zum Beispiel religiöser Natur unter Alexander III. oder in Form nationaler Parteien und Vereinigungen nach 1905 – erreicht die Nationsbildung in Russland nicht die Stufe einer Massenbewegung im Sinne von Miroslav Hroch (Mey 2001: 60ff.).

Für Lenin war Nationalismus noch ein „bourgeoiser Trick“, um die Massen jenseits von Klassengrenzen zu mobilisieren. Die Politik der Bolševiki unmittelbar nach der Revolution hatte drei Prämissen. Erstens wurde angenommen, dass durch das Erlauben nationaler Ausdrucksformen Klassenallianzen untergraben werden konnten; zweitens, dass eine Phase der nationalen Mobilisierung eine natürliche Entwicklungsstufe sei; schließlich erkannte Lenin im Nationalismus der nicht-russischen Nationen eine post-koloniale Reaktion auf die imperialen Politiken des zaristischen Regimes. Aus diesem Grunde wendete sich Lenin insbesondere gegen das „Groß-Russentum“, gegen den großrussischen Chauvinismus, den er als *Rusotjapstvo* geißelte. Dies führte zu der Etablierung eines *Affirmative Action Empire* (Martin 2001: 4ff.), das heißt:

„Russia’s new revolutionary government was the first of the old European multiethnic states to confront the rising tide of nationalism and respond by systematically promoting the national consciousness of its ethnic minorities and establishing for them many characteristic institutional forms of the nation state.“ (Ibid. 1)³⁷

Die Ausarbeitung zwischen 1919 und 1923 dessen, was (nicht-russische) nationale Selbstbestimmung bedeuten könnte, mündete in der Verabschiedung zweier Resolutionen auf dem XII. Parteitag der KPdSU im April 1923 und auf einer Konferenz zur Nationalitätenpolitik im Juni 1923, die die Diskussionen zu der

36 Uvarov ist Autor der Formel „Orthodoxie, Autokratie und Volkstümlichkeit“ (*Pravoslavie, Samoderžavie i Narodnost*) als Prinzipien der Erziehung in Russland.

37 An anderer Stelle definiert Martin den Ausdruck *Affirmative Action Empire* so: „[T]he practice of granting preferences to non-Russians in admissions, hiring, and promotion in education industry, and government.“ (Martin 2001: 125)

Frage vorerst beendeten. Ab 1923 wurde konsequent die Politik der *Nationalizacija* (später dann *Korenizacija* genannt)³⁸ (insbesondere im Westen der Union) und der *Affirmative Action* (insbesondere im Osten der Union) umgesetzt.

Diese Politik – ursprünglich gegen den „großrussischen Chauvinismus“ gerichtet – hatte aber auch negative Konsequenzen und produzierte in den Augen der Moskauer Führung einen „lokalen Chauvinismus“. Ab Anfang der 1930er wurde die „Freundschaft der Völker“ (*Družba Narodov*)³⁹ stärker propagiert, was einher ging mit einer Aufwertung der genuin russischen Identität: „Russian nationalism was suddenly made state policy“ (ibid. 270). Insbesondere in der Ukraine wurde die *Korenizacija*, wenn nicht zurückgenommen, so doch weitgehend „rationalisiert“ (ibid. 393).

Ein weiterer Schub für die hervorgehobene Rolle der Russen kam mit dem Zweiten Weltkrieg: „Der nationalrussisch ausgestaltete Sowjetpatriotismus erfüllte im Zweiten Weltkrieg eine wichtige Funktion bei der Mobilisierung der Russen.“ (Mey 2001: 72) An dieser Rolle sollte sich auch nach Stalins Tod wenig ändern. Unter Chruščëv wurde die Vormachtstellung kurzzeitig schwächer: Die Führung der Sowjetunion richtete eine spezielle KPdSU-Abteilung für die RSFSR ein⁴⁰ und sorgte für die Rückkehr verbannter Minderheiten⁴¹ (Medish 1980: 192; Rywkin 1980). Unter Brežnev wurde diese vorsichtige Öffnung aber wieder zurückgenommen, was sich auch in der Verfassung von 1977 widerspiegelt, welche die Zentralität des russischen Volkes, unter anderem in der Aufzählung der sowjetischen nationalen Zusammensetzung, unterstreicht (ibid.).⁴² Dies generierte und zementierte die Identifikation vieler Russen mit der UdSSR.

Neben dieser offiziellen Politik gab es noch eine ganze Reihe weiterer, heterogener russisch-nationalistischer Positionen, die über die offizielle Linie hinausgingen und dementsprechend unterdrückt wurden. So erschienen in den 1970er Jahren nationalistische Artikel zunächst in der offiziellen Publikation *Molodaja Gvardija*, die zum „Sprachrohr der legalen Patrioten und halboffiziellen Nationalbolschewisten“ wurde (Mey 2001: 79). Deren radikale Autoren mus-

38 Ein Begriff, den Terry Martin mit „Indigenisierung“ übersetzt, und der sich auf allen Ebenen der Republiken auswirken soll, sprachlich und institutionell (ibid. 11f.).

39 Eine von Stalin 1935 eingeführte Metapher.

40 Zuvor gab es nicht wie in anderen Republiken eine „nationale“, russische KP in der RSFSR. Die Einrichtung der Abteilung bedeutet eine Gleichsetzung der Russen.

41 Womit zumindest implizit die Verbrechen „der Russen“ an ihnen anerkannt wurde.

42 „[D]ie Sowjetunion [...] war und blieb seit Stalin politisch und kulturell-sprachlich russisch dominiert, was den Russen, obgleich sie keine formalen Privilegien hatten [...], Vorteile verschaffte.“ (Mey 2001: 73)

sten in der Folge aber abtauchen und im *Samizdat* ihre Ideen publizieren (oder in den Zeitschriften *Veče* und *Zemlja*, zwischen 1971 und 1974). Dabei vermischten sich Referenzen auf die UdSSR mit anti-kosmopolitischen Positionen: „*Veče* [...] proclaimed its loyalty to and support of the great Soviet power and reaffirmed its stand in opposition to the cosmopolitan human rights movement“ (Meerson 1980: 110).

Zu erwähnen sind auch die Ökologie-Bewegung mit ihrer engen Verbindung zur Dorfprosa, die damit oft eine nationalistische Dimension erhielt (prominenter Vertreter: Valentin Rasputin) sowie antisemitische Gruppierungen, wie die zunächst parteiinterne, dann aber vom Staat unterdrückte Gruppe um Aleksandr Fetisov. (Mey 2001: 82)

Damit ist nur angedeutet, auf welch vielfältige Weise die russische nationale Identität in den Transformationsjahren umkämpft und wie viele verschiedene Angebote vorhanden waren, um sie zu fixieren. Festzuhalten bleibt, dass sich russische und sowjetische Identitäten überschneiden – sowohl im offiziellen Diskurs als auch im zumeist unterdrückten nicht-offiziellen.

5.4.1 Die Perestroika-Position:

Gorbačëvs Neues Denken und die Nationalitätenpolitik

Das außenpolitische Teil-Projekt der Perestroika verrät viel über das nationale Selbstbild.⁴³ Dies gilt besonders hinsichtlich der Ausgestaltung der Beziehungen zum „Westen“ und zu Europa als zentrale Referenzpunkte.⁴⁴ Insgesamt betrachtete Gorbačëv den Westen als gleichberechtigten Partner und bemühte sich um eine Deeskalation in den Beziehungen. Die sowjetische (und damit russische) Identität wurde bei Gorbačëv zu einer europäischen, Europa zum „gemeinsamen Haus“, „wo Geographie und Geschichte die Geschehnisse von Dutzenden von Ländern und Völkern eng miteinander verwoben haben“; aber: „Das Haus ist ein

43 Dies wird auch zunehmend in IB-Studien anerkannt (Kassianova 2001).

44 „By either accepting or rejecting the West’s ideas, Russia constructs its own identity.“ (Pankin 2007: 49) Makarychev argumentiert analog besonders im Hinblick auf die EU als zentralen Referenzpunkt Russlands: „Generally speaking, Russia is simultaneously longing for an exceptional status in her relations with the EU and, at the same time, does not know how exactly she has to turn it into her advantage. [...] This situation of inherent uncertainty and ambiguity [...] constitutes a framework for discursive hegemony which could be understood as a process of carrying out a ‚filling function‘, i.e. a process of saturation of ‚empty signifiers‘ with contextual meanings.“ (Makarychev 2005: 3)

gemeinsames, das ist richtig, aber jede Familie hat darin eine eigene Wohnung, und es gibt auch verschiedenen Eingänge.“ (Gorbačëv 1987: 252f.)⁴⁵ Im gesamten zweiten Teil von *Perestroika* bemüht sich Gorbačëv um den Entwurf eines entspannten Verhältnisses: „Kooperation, nicht Konfrontation“ (ibid. 245ff.), „Europäische Zusammenarbeit“ (ibid. 266ff.), „Verzicht auf ideologische Schärfe“ (ibid. 291ff.), um nur einige Forderungen zu nennen. Explizit schreibt Gorbačëv: „Wir brauchen kein ‚Feindbild‘ von Amerika, weder aus innen- noch aus außenpolitischem Interesse.“ (Ibid. 284)

Die antagonistische Grenzziehung zum Westen wird damit abgeschwächt, zugleich zeichnet sich der Westen nicht als expliziter, positiver Referenzpunkt ab. Dass dies auch die sowjetische Identität gefährdet, übersah Gorbačëv: Der Wegfall des äußeren Feindes trug dazu bei, das interne sowjetische und russische Gleichgewicht zu stören, dessen Kernstück die Vormachstellung der RSFSR und der russischen Ethnie war. Gorbačëv allerdings konnte oder wollte dies nicht wahrnehmen:

„Perhaps no Russian has ever been more taken by surprise by the lightning collapse of the ‚inner‘ Soviet empire than the Soviet president and Communist party general secretary. From the time of his accession in 1985, Gorbachev had repeatedly shown himself to be blind and insensitive to ethnic issues. An ardent ‚Soviet patriot‘, Gorbachev fought hard to preserve the ‚Russian‘/‚Soviet Union‘ identification in the minds of Russians which had served as vital cement for the unitary Soviet state during the pre-perestroika period.“ (Dunlop 1994: 609)

Viel zu spät erkannte er die desintegrative Kraft der Nationalitätenproblematik und reagierte im März 1990 mit dem Vorschlag eines neuen Unionsvertrages – doch zu diesem Zeitpunkt waren die Forderungen nach Unabhängigkeit in vielen Entitäten der Union zu stark. Zu stark war auch die russische Opposition, in der Konservative die Idee eines Imperiums wieder hervorbrachten und in der Liberale die UdSSR als hyperzentralisierten, totalitären Staat betrachteten. (Tszyankov 2006: 45)

Und so ist der Passus über die Nationalitätenfrage vielleicht einer der naivsten in Gorbačëvs *Perestroika*. Für die Behandlung dieser Frage und die dadurch

45 Mit diesen Worten deutet sich bereits an, was später von Gennadij Gerasimov als „Sinatra-Doktrin“ bekannt werden sollte: Die UdSSR würde sich nicht mehr in die Belange anderer Staaten im Ostblock und in den „Entwicklungsländern“ (Gorbačëv 1987: 230ff) einmischen.

implizite Diskussion der russischen Identität sind gleich seine ersten Ausführungen emblematisch:

„Die Revolution und der Sozialismus haben Schluss gemacht mit nationaler Unterdrückung und Ungleichheit [...] Wenn das Nationalitätenproblem nicht grundsätzlich gelöst worden wäre, hätte die Sowjetunion nicht das gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche und defensive Potential, über das sie heute verfügt.“ (Gorbačëv 1987: 148f.)

Doch selbst Gorbačëv sah bei allen Erfolgen der von „Lenin begonnenen Nationalitätenpolitik“ auch „Verwicklungen“ und „Schwierigkeiten“, insbesondere das Aufkommen von Nationalismen. Was auffällt, ist auch hier die bereits ange-deutete Ambivalenz seiner Forderungen. Einerseits rekurriert er auf die Nationalitätenpolitik der *Affirmative-Action*-Phase und unterstreicht die Gleichberechtigung aller Völker; andererseits greift er auf das Bild des russischen Volkes als *primus inter pares* zurück, das kennzeichnend ist für die darauf folgende Periode: Dieses habe bei der Lösung der Nationalitätenfrage eine besondere Rolle gespielt (ibid. 150). Bei Achtung aller Unterschiede bedürfe es eines gemeinsamen Kommunikationsmittels: „Die russische Sprache hat auf natürliche Weise diese Funktion übernommen.“ (Ibid. 152) Und weiter habe das russische Volk

„durch seine ganze Geschichte hindurch den Beweis geliefert [...], dass es über ein gewaltiges Potential an Internationalismus, Respekt und gutem Willen gegenüber allen anderen Völkern verfügt.“ (Ibid.)

Statt also die Gefahren des russischen Nationalismus zu bemerken, sah er Russland als stabilisierenden Faktor, während er mit zunehmender Sorge die Nationalismen der anderen Nationen der UdSSR betrachtete. Nur zum Schluss seiner Amtszeit, als der Zusammenbruch der Sowjetunion imminente wurde, kam es bei Gorbačëv zu einem Sinneswandel.

In seinen Memoiren räumt Gorbačëv dann auch „verspätete Reaktionen“ und „falsche Entscheidungen“ ein (Gorbačëv 1995: 479). Er erinnert an die Ablösung des ersten Sekretärs der kasachischen KP, Dinmuchamed Kunajev, durch einen Russen, die zu den schweren Želtoksan-Unruhen 1986 führte. „Wie ein Paukenschlag traf uns [...] Berg-Karabach“ (ibid. 483). Die Vorgänge in Kasachstan und im Kaukasus bedeuteten auch eine Bloßstellung der Zentralmacht, die Bildung

von nationalen Bewegungen im Baltikum, in der Ukraine und in Georgien⁴⁶ eine Infragestellung der sowjetischen und damit letztlich auch der russischen Identität.

Den Zerfall der UdSSR schreibt später dann auch Gorbatschow dem russischen Nationalismus zu:

„Zum entscheidenden Faktor beim Zerfall der UdSSR war freilich nicht die Haltung des Baltikums, sondern Russlands geworden. Dies und nichts anderes hat alle meine Bemühungen um das Fortbestehen der Sowjetunion [...] zunichte gemacht. [...] Schon lange vor El'cin suchten die baltischen Separatisten den Nachweis zu erbringen, dass Russland unter allen Umständen selbständig zu sein habe, und setzten sich für die Gründung einer kommunistischen Partei Russlands ein: Sie wussten, dass dies ein Schlüsselmoment war: Wenn Russland fiel, wenn der russische Nationalismus aufflammte, dann wäre die Sowjetunion am Ende.“ (Gorbatschow 1995: 503)

In den folgenden Ausführungen geißelt Gorbatschow den russischen Nationalismus, wie er sich unter anderem im Volksdeputiertenkongress gezeigt habe, auch aus Sorge um die russische Bevölkerung in den nach Unabhängigkeit strebenden Republiken. Russland sei angesteckt worden vom „Virus der Kränkung“. Man sei aufgebracht gewesen, dass nach der Modernisierung, welche die Russen in die Unionsrepubliken getragen hätten, sich diese gegen die Union wandten und drohten, die Rechte der Russen zu beschneiden.⁴⁷ Nicht zuletzt El'cin führte besonders 1990 und 1991 wiederholt das Argument an, Russland sei ein Opfer der UdSSR, und begründete so seine Forderung nach deren Auflösung (Tsygankov 2006: 47).

In der Bewegung „Demokratisches Russland“ und in Boris El'cin sieht Gorbatschow die Hauptschuldigen für die Zerschlagung des Unionsstaates. Im Volksdeputiertenkongress, im Obersten Sowjet Russlands und in Kreisen der russischen Regierung sei man sich einig gewesen über eine Wiedergeburt *Russlands* (ibid. 504) auf Kosten des sowjetischen Gesamtstaates.

46 Wo es im April 1989 zu schweren Unruhen kam, die von sowjetischen Truppen, über deren Einsatz Gorbatschow nicht unterrichtet gewesen sei, brutal niedergeschlagen wurden (Gorbatschow 1995: 497).

47 Und hier zitiert Gorbatschow Valentin Rasputin: „Wenn man überall mit Russland derartig unzufrieden ist, wenn man ihm alle Sünden und Fehler in die Schuhe schieben will, dann sollte man vielleicht selber die Sowjetunion verlassen?“ Für Gorbatschow waren die Beschuldigungen gegen Russland „diffamierend“ und „ungerecht“ (Gorbatschow 1995: 504).

Ein Blick auf die Aussagen von Ruslan Chasbulatov (Khasbulatov 1993) ergibt ein vielschichtigeres Bild. Einerseits war Chasbulatov bestrebt, der russischen Regierung mehr Kompetenzen gegenüber der Zentralmacht zuzuschreiben, auch in zwischenstaatlichen Beziehungen (Khasbulatov 1993: 102f.). Damit stellt er eine einheitliche sowjetische Außenpolitik in Frage. Andererseits forderte auch er die schnellstmögliche Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrages,⁴⁸ war er sich doch bewusst, dass Russland und Union untrennbar waren: „Unlike the other fourteen Union republics, the Russian Federation cannot pose, even in theory, the question of ‚withdrawing from the USSR‘ since there is nowhere to withdraw to.“ (Ibid. 49)

5.4.2 Radikal-Reformer und Demokraten – International Institutionalists und Globalists

„Demokratisch sein“ bedeutete zunächst nicht unbedingt für oder gegen den Erhalt der Union zu sein. Demokraten aber, die eine Auflösung der UdSSR ablehnten, fanden sich recht bald im nationalistischen Lager wieder (Lukin 2000: 204). Diejenigen, die mit El’cin an die Macht gekommen waren (wie Burbulis oder Gajdar) sahen sich vor allem als (Wirtschafts-)Liberalen und dementsprechend keine besondere Priorität in der Problematik der nationalen Identität. Sie konzentrierten sich insbesondere auf die Reorganisation der Wirtschaft. Allerdings gab es durchaus Vorstellungen zu Russlands Platz in Europa und der Welt. Es war nicht zuletzt der außenpolitische Arm der Liberalen um den neuen Außenminister Andrej Kozyrev (Oktober 1990 bis Januar 1996), der diese Ideen formulierte.

Während Gorbatschow das Nationalismus-Problem zu spät erkannte und die National-Konservativen eine Auferstehung der russischen Identität anstrebten, argumentierten Kozyrev und andere Demokraten um El’cin anders. Hatte Gorbatschow im „Neuen Denken“ die Sowjetunion und Russland in einem gemeinsamen Haus Europa gesehen, betonte er außerdem Russlands Integration in der internationalen Gemeinschaft. Auch die Demokraten glaubten an eine internationale Integration. Ihr Fokus lag aber noch mehr als bei Gorbatschow auf einer Integration in den *Westen*. Dabei behielten sie aber auch eine europäische Perspektive. In ihrer Sichtweise hätten die Bolschewiki die wahre, europäische Identität Russlands mit ihrer Propaganda verzerrt. Für sie galt es, zu dieser westlichen und europäischen Identität zurückzukehren (Tsygankov 2006: 57ff.).

48 „We should put an end as soon as possible to the dramatic and absurd situation with Union Treaty. It should be signed as soon as possible [...]“ (Khasbulatov 1993: 47f.)

Dementsprechend findet dieses Denken besonders in der Außenpolitik Ausdruck. Kozyrev steht emblematisch für eine Schule, die Tsygankov (1997) als *International Institutionalists* bezeichnet.⁴⁹ Für Kozyrev musste Russland in den Kanon der demokratischen Großmächte treten (Kozyrev 1995: 54). Kozyrev und El'cin hofften, wie früher auch Gorbačëv, dass eine maximale Öffnung nach Westen Russland finanzielle und politische Unterstützung für den Transformationsprozess sichern würde. Implizit äußerten die *International Institutionalists* damit auch die Erwartung, ihre Rhetorik werde ihnen Zugang zu „efficiency, wealth, and power associated with the liberal states of the North and West“ garantieren (Richter 1996: 77). Folgerichtig relativierten diese *International Institutionalists* die Bedrohung durch den Westen: Ihnen zufolge war die Welt nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes eine relativ friedliche und wohlwollende. Das Nationale Sicherheitskonzept von 1993 sieht die wirklichen Bedrohungen in Konflikten innerhalb Russlands und in den ehemaligen sowjetischen Republiken sowie ferner in Ländern der „dritten Welt“. Besonders von undemokratischen Staaten könne Gefahr für Russland ausgehen. Diesen Gefahren und potenziellen Konflikten sei am besten durch Verhandlungen und demokratische Prozeduren⁵⁰ und nicht mit militärischen Mitteln zu begegnen; die NATO wird nur im Zusammenhang mit Kooperations-Möglichkeiten erwähnt. (Kassianova 2001: 830f.; Tsygankov 2006: 61)

Diese Leitlinien führten zu einer Vernachlässigung der anderen ehemaligen Sowjetrepubliken und der asiatischen Nachbarn Russlands. Dieser Isolationismus gegenüber anderen (nicht westlichen) Ländern drückte sich unter anderem in der Forderung nach einem Rückzug aus allen Konfliktzonen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion aus. Auch ökonomisch kehrte man den anderen Republiken den Rücken. Kulturell schließlich wurde, nicht zuletzt vom Minister für Nationalitätenfragen, Vladimir Tiškov, ein *civic nationalism* gefordert, der damit

49 Später nennt Tsygankov sie *Globalists* (2004), dann *Westernizers* (2006). Die Terminologie ist nicht einheitlich. *International Institutionalists*, *Globalists*, *Westernizers*, und Liberale werden weitgehend synonym verwendet. Letztgenannter Begriff kann zu Verwirrungen führen, da auch die Marktreformer der frühen 1990er als „liberal“ bezeichnet werden können. In der Tat sind sowohl die außenpolitischen als auch die ökonomischen Liberalen zeitgleich aufgetreten. Sie könnten als zwei Zweige der „Demokraten“ um El'cin angesehen werden. Hier soll der Begriff „Liberale“ aber vor allem den Marktreformern vorbehalten sein.

50 Chafetz (1996) sieht diese Argumentationslinie auch als Verteidigungstaktik gegen jene Strömungen, die eine Rückkehr zu einem autoritäreren System in Russland anstrebten.

einherging, dass man jede Mitverantwortung für in anderen Republiken lebende ethnische Russen *ablehnte*. Diese Positionen konnten sich aber entweder nicht lange halten (die Politik gegenüber den Auslandsrussen) oder kamen erst gar nicht beziehungsweise nur unvollständig zur Umsetzung (ein staatsbürgerliches Nationalbewusstsein). (Tsygankov 2006:76ff.)

Die *International Institutionalists* waren einige Jahre lang die dominante Gruppe in der Außenpolitik. Ihre Ideen konnten sich längerfristig aber nicht halten. Schon ab ca. 1993 kam es zu einer leichten Verschiebung ihrer Position, nicht zuletzt in Anerkennung der Tatsache, dass sich die Bildung einer gleichberechtigten Partnerschaft mit dem Westen langwieriger als erhofft gestaltete: Wurde weiterhin von Integration gesprochen, dann zunehmend weniger mit Verweis auf geteilte Werte, sondern zunehmend mit Verweis auf gemeinsame *Interessen* (Tsygankov 2006: 66). Kozyrev (1994) spricht zwar nach wie vor von einer „natürlichen Freundschaft“ zum Westen und von „geteilten demokratischen Werten“ (ibid. 59), aber auch von einer „pragmatischen Herangehensweise“ und von einer „variablen Geometrie“ (ibid. 64). Und auch Kozyrev besteht verstärkt auf mehr Respekt gegenüber Russland: Russland sei vorherbestimmt, eine Großmacht zu sein (ibid. 62). Es liege auch am Westen, zu entscheiden, ob diese Großmacht in die Hände von Ultranationalisten falle oder auf dem Pfad der Demokratisierung bleibe.

Das Scheitern des uneingeschränkt pro-westlichen Kurses hatte innen- wie außenpolitische Gründe: Die vom marktreformatorischen Arm der „Demokraten“ in enger Zusammenarbeit mit westlichen Experten und dem IWF konzipierte Schocktherapie war eine große Belastung für die Bevölkerung. Die daraus resultierenden sozialen Verwerfungen stärkten konservative Kräfte und unterminierten die Legitimität und Popularität der „Demokraten“. Auch gegen den Isolationismus im ehemaligen sowjetischen Raum gab es starke Widerstände, und Krisen wie die in Moldova 1992 führten dann doch zu einem militärischen Eingreifen Russlands (Tsygankov 2006: 74ff.; 82ff.). Das Scheitern der Demokraten in der Innenpolitik zog dann auch den Niedergang der *International Institutionalists*, des außenpolitischen Armes der Liberalen, nach sich.

Zudem war die erhoffte (finanzielle) Hilfe aus dem Westen in diesem Transformationsprozess nicht so substanziell, wie sich die *International Institutionalists* dies erhofft hatten. Der Westen blieb gegenüber Russland politisch und finanziell auf Distanz. Tsygankov sieht dies einerseits als Ausdruck eines noch immer bestehenden Misstrauens gegenüber dem einstigen Feind, und andererseits als Symptom eines westlichen Triumphalismus. Gerade in den USA sahen politische Zirkel ihr Land vielfach als „Sieger“ des Kalten Krieges. (Ibid. 56; Casula 2010)

Auch Andrej Kozyrevs Ausführungen deuten bereits auf eine sich anbahnende Enttäuschung (Kozyrev 1994: 65ff.). Sein Prinzipienkatalog für die russisch-US-amerikanische Partnerschaft wurde nur teilweise erfüllt. Kozyrev forderte eine Anerkennung Russlands als gleichgesinnten Partner, die Schließung institutioneller Lücken (auch bezüglich der NATO), eine Aufwertung von KSZE/-OSZE, die Schaffung eines blockfreien Europas (das heißt: eine Entwertung der NATO) und gegenseitiges Vertrauen.

Doch daran fehlte es bis zuletzt auf westlicher Seite, was wiederum kein Vertrauen in Russland förderte. Vor allem die NATO spielte weiterhin die zentrale sicherheitspolitische Rolle in Europa. Der Beschluss der NATO-Erweiterung in den Raum des zuvor aufgelösten Warschauer Paktes 1995, deren Umsetzung 1999 und die im selben Jahr stattfindende Intervention im Kosovo, einschließlich der Bombardierung Serbiens, diskreditierten in Russland vollends die Idee einer Integration in den Westen. Diese Entwicklungen deuteten auch auf einen Wandel in der Position des Westens, insbesondere der USA: vom Triumphalismus des *End of History* (Fukuyama) und des *New World Order* (G.H. Bush) hin zur Angst vor neuen Kriegen und Gefahren wie in Huntingtons *Clash of Civilizations*. (Casula 2010; Tsygankov 2005)

Nicht zuletzt die fehlende Sensibilität der Liberalen gegenüber der Problematik der nationalen Identität unterminierte ihren Kurs. Tsygankov – selbst ein Kritiker der Liberalen – gesteht sogar Gorbačëv mehr Einsicht in dieser Frage zu:

„[U]nlike Gorbačëv, who had offered his country a culturally distinct perspective and an opportunity to reformulate its sense of national pride, the new Russia’s leaders were astonishingly unimaginative in their vision of national identity. Ultimately, what were the odds that a country with centuries-old distinct economic, political, and cultural experiences would be satisfied merely with a status of a ‚part of the West‘? [...] At the time when Russian society was desperately searching for self-definition [...], Westernizers gave little consideration for the country’s past experience and, by offering it the ‚solution‘ of becoming a part of the West, they denied it the very legitimacy of a search for its own post-Soviet identity.“ (Tsygankov 2006: 86)

5.4.3 Konservative und restaurative Strömungen

Die wohl nachhaltigste und wichtigste literarische, restaurative Position vertritt Alexandr Solženicyn. Hier sei nochmals auf sein Manifest „Russlands Weg aus der Krise“ verwiesen. Restaurativ und nicht *konservativ* ist sie unter anderem deswegen, weil sie zur Zerschlagung der UdSSR aufruft.

Gleich im ersten Satz unterstreicht er, dass dem „Kommunismus seine Stunde geschlagen“ habe (Solženicyn 1990: 7). Der Kommunismus habe das russische Volk an den Rand des Abgrunds geführt und den Russen ihre Identität geraubt. Die ethnisch motivierten Konflikte in der UdSSR hätten gezeigt, dass ein Zusammenleben unmöglich sei. Dementsprechend müssten die Russen den Prozess der Teilung vorantreiben (ibid. 18). Damit stellt sich für Solženicyn unweigerlich die Frage nach den Grenzen eines neuen Russlands. Seiner Ansicht nach müssten die Russen ein Gebiet konsolidieren, das Solženicyn als „Russische Union“ bezeichnet und insbesondere Belarus und die Ukraine umfasst. Seit der Kiewer *Rus'* bildeten diese Völker eine Einheit. Folgerichtig betrachtet er die Unabhängigkeitsbestrebung westukrainischer Nationalisten als fehlgeleitet.

Dass alle anderen Gebiete aufgegeben werden müssten, erklärt er damit, dass Russland keine Kraft habe, ein Imperium zu unterhalten, vor allem nicht in einer Krisenperiode:

„Wir brauchen auch gar kein Imperium! Man soll es uns endlich von den Schultern nehmen: Es zermalmt uns, es saugt uns aus, beschleunigt unseren Untergang.“ (Ibid.)

Nur die Auflösung des Imperiums kann zur „geistigen und leiblichen Rettung unseres Volkes“ führen (ibid.: 12). Die Russen müssten sich mit den Realitäten abfinden und „darum beten, dass Gott uns hilft, wieder gesund zu werden“ (ibid.: 13). Als vordringlichste Aufgabe betrachtet Solženicyn allerdings die Entbolshewisierung der Gesellschaft. Da die Perestroika dies nicht anstrebe, sei sie zum Scheitern verurteilt. Nur wenn die KPdSU öffentlich die Verantwortung für ihre Verbrechen übernehme, sei ein politischer und moralischer Neubeginn des Staates möglich. Die Chance dafür, dass dies geschehen wird, stuft der Schriftsteller aber als gering ein.

Solženicyn bricht also ganz explizit mit der offiziell implizit propagierten Gleichsetzung der russischen mit der sowjetischen Identität. Trotz einiger Gemeinsamkeiten – gerade mit El'cin, gerade auch in diesem Punkt – dienten seine Ausführungen in späteren Jahren keiner politischen Gruppierung als ideologische Grundlage. Dafür waren sie auch zu diffus.

Solženicyn war der prominenteste Vertreter der nationalistischen Autoren, die sich mit der Perestroika wieder lauter zu Wort meldeten. Alexandra Mey (2001: 12) konstatiert, dass es vor allem vier Fragen waren, die die nationalistischen Autoren beschäftigten (neben der nach dem politischen System, s.o.):

- Fragen zum Verhältnis zwischen russischer und russländischer Identität und zur Stellung nichtrussischer Bürger der Föderation;
- Fragen zur Begründung der Nation;
- Fragen nach dem typisch Russischen;
- Fragen zum Verhältnis zum (nahen und fernen) Ausland, insbesondere zum Westen.

Trotz der vielen Unterschiede zwischen den einzelnen Autoren, in ihren Biografien wie in ihren Positionen, geben sie teilweise überraschend ähnliche Antworten auf diese Fragen.

In der Frage des Verhältnisses zwischen russischer und russländischer Identität orientieren sich die Autoren an der Vorstellung des vorrevolutionären Russlands als Vielvölkerparadies. Entsprechend streben sie eine neuerliche imperiale, aber wohlwollende, Herrschaft der „Russen als Stammvolk“ (Rasputin) über andere Völker an. Nur Prochanov beschwört eine russländisch-sowjetische Volksgemeinschaft.

Überraschend offen und individualistisch geben sich die Autoren bei der Begründung der Nation. Russisch-Sein ist nur abhängig vom Bekenntnis zur russischen Kultur und Geschichte (Limonov), es sei eine subjektive Empfindung (Solouchin) – ein wiederkehrendes Motiv im weiteren offiziellen Diskurs der Putin-Ära. Bei Rasputin mischen sich solche subjektive Elemente mit „objektiven“. Patriotismus ist für ihn Körperteil, es ist „Treue zu Traditionen“. Ihm geht es besonders um die Bewahrung der Ursprünglichkeit und Originalität eines *Heiligen Russlands*. Er positioniert sich gegen ein *ius sanguinis*, aber die „Blutszugehörigkeit“, obzwar alleinig kein Inklusionskriterium, ist ein weiteres Merkmal der Zugehörigkeit (ibid. 217). Dies wird deutlich in den antisemitischen Ausführungen aller Autoren. Rasputin denkt aber insgesamt die russische Identität so offen, dass er sich gegen eine *russländische* Identität ausspricht – diese prinzipielle Offenheit der russischen und die Ablehnung einer russländischen Identität sind auch wiederkehrende Motive im weiteren offiziellen Diskurs der Putin-Ära.

Bei der Beschreibung dessen, was typisch russisch ist, verlieren sich die Schriftsteller in mystifizierenden Ideen. Bei Prochanov sind es Brüderlichkeit, Kosmismus und Macht. Bei Limonov ist es der Kollektivismus und die Geistigkeit. Insbesondere Rasputin und Solouchin sehen auch in der Orthodoxie ein typisches Element der russischen Identität.

Einfacher als das typisch Russische zu identifizieren ist es, den Westen abzulehnen. Besonders Limonov geißelt dessen falsche, widernatürliche Werte. Der Westen sei materialistisch und konsumorientiert, was jegliche Verständigung mit

Russland ausschlieÙe. Auch Prochanov verurteilt den Westen aus ganz ähnlichen Gründen. Mey (2001) vermutet in seinen Zeilen auch Bewunderung, insbesondere für die westlichen technologischen Errungenschaften. Dagegen äußert sich bei Rasputin eine prinzipielle Modernisierungsangst, aus der heraus er auch den Westen ablehnt.

Ideologisch steht Limonov, wie oben angedeutet, den *Expansionists* nahe. Ihnen gemein sind eine prinzipiell anti-liberale Haltung und die Absicht, ein russisches Imperium (egal unter welchen politischen Vorzeichen) wiederherzustellen. So ergänzen sich teilweise die eigentlich unvereinbaren Ideologien des Nationalismus und Bolschewismus: Der „Marxismus-Leninismus“ bekam eine Dosis russischen imperialistischen Nationalismus. Politiker wie der Ultra-Nationalist Vladimir Žirinovskij und der Kommunist Gennadij Zjuganov fanden gerade mit ihrem anti-marktwirtschaftlichen Programm in der Bevölkerung Mitte der 1990er Jahre viel Zuspruch. Sie stellten El'cin als Instrument fremder – nicht zuletzt westlicher – Interessen dar: Er versuche gar, Russland zu zerstören (Richter 1996: 83). Sie wiesen den Individualismus als der russischen Identität fremde Ideologie zurück: „The authoritarians' antipathy to liberalism defines their Russian identity.“ (Chafetz 1996: 678) Sie warfen El'cin zudem vor, die Sowjetunion willentlich zugrunde gerichtet und an den Westen verraten zu haben. Russland müsse die Souveränität über das Gebiet der UdSSR mit allen, auch militärischen Mitteln wiedererlangen: „The need to expand is explained by the geopolitical vacuum that was created by the end of the Cold War. It has to be filled by Russia before it is filled by a hostile power.“ (Tsygankov 1997: 252) Nur so könne Russlands Sicherheit gewährleistet werden.

5.4.4 Herausbildung der *Statists*: Russland als eurasische Großmacht

Als außenpolitische Schule verfügte der etatistische Diskurs in Bezug auf die nationale Identität Russlands über wesentlich deutlichere Positionen als bezüglich der Ausgestaltung des politischen Systems.

Die *statists* betonten insbesondere die Einzigartigkeit Russlands, definieren diese aber vor allem negativ als „nicht-westlich“:

„[T]hey do not define this uniqueness except to say that Russia is different from Europe and the United States because of its religion, its history, its geopolitical position, and its underdevelopment.“ (Chafetz 1996: 677)

Diese vage formulierte Einzigartigkeit macht die *Statists* mit einem breiten Spektrum von Gruppen kompatibel. „Einzigartigkeit“ operiert diskursiv wie ein Knotenpunkt für mehrere andere Forderungen.

Es waren insbesondere zwei Auffassungen Russlands, welche die Etatisten wiedereinführten:

- Russland als Großmacht (*Deržava*) und
- Russland als eurasische Nation.

Ihre Position ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass sie durchaus auch Forderungen aus dem national-konservativen Diskurs aufnahmen, wenn auch in weniger radikaler Form, und damit auch der Frage der nationalen Identität mehr Aufmerksamkeit schenkten. Allerdings war ihre Haltung – zumindest noch Mitte der 1990er Jahre – nicht explizit anti-westlich. Schließlich waren viele der Etatisten, wie auch Primakov selbst, Anhänger von Gorbačëvs Neuem Denken gewesen (Tsygankov 2006: 93).⁵¹

Außenpolitisch – und damit mit starkem Bezug zum Selbstbild – zieht Primakov (2004: 125f.) eine scharfe Grenze zu Kozyrev. Diese Abgrenzung erläutert Primakov durch den Bericht aus zweiter Hand über ein Treffen zwischen Kozyrev und Richard Nixon, in dem Kozyrev, nach dem nationalen Interesse Russlands gefragt, keine Antwort gewusst hätte, stattdessen menschliche Werte betonte und Nixon um Hilfe bat, dieses nationale Interesse Russlands zu definieren.⁵²

51 Im großen Ganzen scheint die Position der Etatisten, was die außenpolitische Orientierung angeht, vergleichbar mit der realistischen Schule in den IB-Studien. In Übereinstimmung mit der Grundannahme des Realismus bestätigte sich für die *Statists*, dass die Welt eben nicht auf Kooperation basiere, sondern auf „anarchy among nationally distinct states“ (Chafetz 1996: 677). „Just like Western realists, Russian realists emphasize the importance of power in the form of control, domination, and conflict and de-emphasize the elements of cooperation and regeneration that are also aspects of international relations.“ (Tsygankov 1997: 251) Später merkt Tsygankov dazu aber an: „[I]t is difficult to apply realism as an international relations theory for explaining Russia’s turn to great power balancing. Realists expect that policy change follows evolution in state material capabilities. Yet Russia’s capabilities did not improve.“ (Tsygankov 2006: 96)

52 „It has always been my philosophy not to lay blame on my predecessors under any circumstances. But in order to clarify the atmosphere [...] I shall tell the story [...].“ (Primakov 2004: 126)

„Naturally, not everyone in the Foreign Ministry [...] was of the opinion that the world should be divided into the ‚civilized‘ and ‚trash‘ and that the new Russia’s most urgent goal should be to attain a strategic union with the ‚civilized‘[...] at any cost. At the same time, the implied format had Russia as the follower and the West as the leader.“ (Ibid. 126)

Primakov lehnte diese Vorstellung Russlands als durch den Westen angeleitet ab, auch weil er glaubte, dass Konfrontation mit dem Westen nicht die einzige Alternative zu dem von Kozyrev vertretenen Modell sei. Im Gegenteil: Kooperation mit dem Westen ist auch für Primakov möglich, ja sogar wünschenswert, um einem Unipolarismus der USA entgegenzuwirken. Russland trage eine Verantwortung dafür, ein globales Gleichgewicht zu halten beziehungsweise ein US-amerikanisches Übergewicht zu vermeiden (Tsygankov 2006: 95). Dies geht aber nur, wenn Russland gleichberechtigter Partner ist. Zudem ist damit die Gleichsetzung von Europa und den USA als „dem Westen“, wie sie in den Kreisen Kozyrev noch vollzogen wurde, durchbrochen. Die Trennung der diskursiven Elemente Europa-USA wird damit innerhalb des russischen politischen Diskurses über den Westen weiter vertieft.

Primakov weigerte sich auch zu glauben, dass Russland der „Trash-Hälfte“ der Welt zuzuordnen sei. Er porträtiert Kozyrev als Weichling und sich selbst als den harten Verhandlungspartner.⁵³ Gleich bei seinem ersten Treffen als Außenminister mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Warren Christopher im Februar 1996 habe er auf Freundlichkeiten verzichtet und auf Gleichberechtigung bestanden, wie es zwischen Super-Mächten üblich sei. Diese Selbstdarstellung und die seines Vorgängers sind deshalb relevant, weil sie darauf hinweisen, welche Optionen Primakov für Russland sieht: als weiches, nachgiebiges Anhängsel des Westens oder – was er bevorzugt – als harter aber vernünftiger Partner.

Primakov konfrontierte Christopher bei besagtem Treffen mit einem Forderungskatalog zur Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen:

53 Primakov entscheidet sich dafür, seinen Amtsvorgänger durch den Mund von Richard Nixon zu kritisieren: „Nixon replied, ‚When I was Vice- President and President, I wanted everybody to know I was a son of a bitch who would fight as hard as he could in the name of American interests. Kissinger was such a son of a bitch that I could learn from him. As for this man [Kozyrev], he wants to show what a wonderful and pleasant man he is [...]‘.“ (Ibid.)

„First, regular consultations; second, exchange of information on matters of concern to the other side; third, no surprises; fourth, implementation of the agreements reached; fifth, finding solutions to issues in which our interests do not coincide. [...] but frankly speaking, I said, it looked as though *the American side was not paying enough attention to maintaining the parity of the two members of this relationship*.“ (Primakov 2004: 134, eig. Hervorh.)

Damit ist das *Deržava*-Denken Primakovs angedeutet. Dieses findet sich dann auch im Nationalen Sicherheitskonzept von 1997, das sich, wie Kassianova (2001: 831) bemerkt, auf ein völlig anderes Land zu beziehen scheint als die Fassung von 1993. An vielen Stellen wird die Multipolarität und die Gleichberechtigung beziehungsweise die gleichberechtigte Partnerschaft mit anderen Großmächten beschworen. Die NATO ist nun nicht mehr möglicher Partner – ihre Erweiterung wird als „extrem gefährlich“ eingestuft.

Im Großmachtdenken und in der Skepsis gegenüber dem Westen sind die Etatisten in vollem Einvernehmen mit den National-Konservativen. Die Übereinstimmung betraf auch die Öffnung nach Asien:

„To many Statists, the notion of Eurasia became symbolic in describing Russia’s special geopolitical location and multiethnic nature. [...] Statists insisted that [...] Russia was destined to act as a political bridge between Western and non-Western civilizations.“ (Tsygankov 2006: 93)

Das Sicherheitskonzept von 1997 zeichnet sich nicht nur durch einen höheren Alarmismus aus – unter anderem mit der Heraufbeschwörung der Gefahr eines möglichen direkten Angriffs auf Russland, dem mit einer aktiven Außenpolitik begegnet werden müsse –⁵⁴ sondern beschreibt Russland als „einflussreiche europäische und asiatische Macht“ (Kassianova 2001: 831). Daraus folgert einer der wichtigen Exponenten der Etatisten, Sergej Stankevič, dass Russland als Brücke zwischen Europa und Asien fungieren solle und so in der neuen Weltordnung auch eine Mittlerrolle spielen könne (Richter 1996: 81).

Im Gegensatz zu den im Hinblick auf die ehemaligen Unionsrepubliken „isolationistischen“ Politiken Kozyrevs wurden unter dem Stichwort der „Integration“ auch die Bande zu den ehemaligen Unionsrepubliken enger geknüpft und die Interessenvertretung der dort lebenden Auslandsrussen stärker wahrgenommen, was auch zu einem Charakteristikum der Außenpolitik unter Putin werden sollte:

54 Siehe Tsygankov (2006: 106).

„Primakov felt that Russia had an obligation to respond to the political and cultural feelings of twenty-five million Russians who had found themselves outside their homeland and continued to identify with it.“ (Tsygankov 2006: 116)

Im Russland der frühen 1990er Jahre stellte sich akut die Frage nach dem „Innen“ und „Außen“. Interessant in diesem Kontext ist die Konstruktion des Begriffes des „nahen Auslands“, die das Ausland in zwei Kategorien der Nähe (oder Ferne) teilt, wobei dies nicht nur im geografischen, sondern auch im kulturellen und politischen Sinne zu verstehen ist. Aus der Perspektive der so bezeichneten Staaten stellt sich die Frage, ob Russland ihre Souveränität voll anerkennt. Jedenfalls war für die Etatisten klar, dass Russland innerhalb des „nahen Auslands“ seine Vormachtstellung halten und ausbauen müsse (s. auch Richter 1996: 80f; Tsygankov 1997: 252).⁵⁵

Insgesamt also binden die Etatisten in ihrer Vorstellung über die Nation Elemente des national-konservativen Diskurses ein, jedoch in einer abgeschwächten Form. Sie scheinen ein vordergründig rationaleres Selbstverständnis als Großmacht zu vertreten, das nicht in einem absoluten Antagonismus zum Westen mündet. Zwar ist dieser für die Konstruktion der russischen Identität nach wie vor zuträglich, ohne dass daraus aber dieselbe Schärfe entsteht wie bei den National-Konservativen.

Entscheidend (insbesondere im Hinblick auf das Scheitern der International Institutionalists und damit) für die Herausbildung der *Statists* scheint nicht zuletzt gewesen zu sein, dass eine erwartete Reziprozität in den Beziehungen zum Westen ausgeblieben ist. Die OSZE, in der Russland gleichberechtigtes Mitglied war, wurde nicht wie von Russland erhofft zur neuen Garantin für Sicherheit in Europa. Und die NATO behielt nicht nur diese Funktion bei. Sie sollte mit dem Erweiterungsbeschluss vom Januar 1994 auch näher an die Grenzen Russlands rücken. Die Eindämmung der negativen Auswirkungen dieser Erweiterung wurde zu einem Kerngegenstand der Außenpolitik Primakovs (Tsygankov 2006: 100ff.). Ein Grund (unter vielen anderen) für diese Opposition war dadurch gegeben, dass in der neuen, expandierenden NATO Russland keinen Platz hatte: Da eine Partizipation Russlands in der NATO nicht vorgesehen war und die Mechanismen zur Einbindung (NATO-Russland-Rat) keine gleichberechtigte Rolle für Russland vorsahen, bewirkte der Erweiterungsprozess eine Antagoni-

55 Die Etatisten profitierten in diesem Punkt auch von einer allgemeinen post-sowjetischen Nostalgie: „In general, the statist's closer attachment to the practices of the Soviet regime coincided with a nostalgia for Soviet borders, particularly among conservatives.“ (Richter 1996: 80)

sierung Russlands, was wiederum stärkere *identity politics* erforderte und ermöglichte: Das neue Russland in seiner Identitätskrise, dem Westen zugeneigt und dort nach Zugehörigkeit suchend, wurde vom Westen abgelehnt und musste nun eine vom Westen nicht nur losgelöste, sondern abermals ihr gegenüber antagonistische Identität aufbauen. Spätestens die Bombardierung Jugoslawiens 1999 zog einen tiefen Graben zwischen Russland und dem „Westen“:

„Primakov and the larger Statist community drew some tough lessons from Russia's engagement with the West. This engagement widened the gap between the two sides and reinforced the sense of Russia's identity as distinctive from that of the West. Russia's inability to stop NATO's expansion and Western military strikes on Iraq and Yugoslavia [...] reinforced the already-existing sense of isolation, at times even desperation, among the political class.“ (Tsygankov 2006: 106)

5.5 VORLÄUFIGE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der vorhergehende Abschnitt hat gezeigt, dass die Perestroika und der nachfolgende Zusammenbruch der Sowjetunion zu einer starken Verunsicherung bezüglich des eigenen politischen Systems und der nationalen Identität geführt haben.

Die Identitätskrise hat ihren Ursprung in der Dislokation des sowjetischen Diskurses, seiner Symbole und Werte, kurz: des gesamten sowjetischen symbolischen Repertoires. Diese Krise – ökonomischer, politischer und sozialer Natur – brach mit dem Amtsantritt Gorbachëvs vollends aus. Zeitlich zusammen fiel damit die Neuverhandlung verschiedener Bedeutungen, Werte, Normen und Symbole.

Auf dem Spiel stand einerseits das politische System. Der „Sozialismus“, wie er bis dahin in der UdSSR herrschte, wurde in Frage gestellt und Alternativen wurden ernsthaft diskutiert. Die Grenzen innerhalb des politischen Diskurses waren plötzlich Schwankungen und Verschiebungen unterworfen. Der Wandel in der Bedeutung des Signifikanten der Demokratie ist dabei bezeichnend: „Demokratie“, zuvor fester, wenn auch nicht zentraler Bestandteil des sowjetischen Diskurses, begann zu flottieren und wurde mit neuen Bedeutungen aufgeladen. Das Spektrum bei den „Demokraten“ reichte von einer Gleichsetzung mit materiellem Wohlstand bis hin zu einem ethisch-utopischen Verständnis.

Diese Suche nach dem für Russland „richtigen“ System setzte sich auch in den 1990er Jahren fort. Die von El'cin und den Radikalreformern repräsentierten Positionen erzielten eine sehr prekäre Hegemonie im politischen Diskurs, besonders zu Beginn der 1990er Jahre. Nach und nach kam es aber zu weiteren Ver-

schiebungen, sowohl aus endogenen Gründen als auch unter dem Druck anderer politischer Sub-Diskurse: So trugen einerseits das Scheitern der Reformen und damit das Scheitern des frühen „demokratischen“ Diskurses sowie andererseits die national-konservative Opposition dazu bei, dass sich ein etatistischer Diskurs verbreiten konnte.

Gerade bei der Einschätzung der Bedeutung der national-konservativen „Alternative“ zeigt sich, dass politische Identitäten eng verknüpft sind mit nationalen. Was politisch wünschenswert war, hing in einem nicht unbedeutenden Maße davon ab, welche Vorstellungen zur russischen Identität vorherrschten, das heißt, welcher Diskurs nationaler Identität dominierte.

Mit der Perestroika wurde klar, dass die Identifikation russischer mit sowjetischer Identität nicht mehr funktionierte. Die Suche nach Alternativen führte zu Rückgriffen auf die eigene Geschichte (insbesondere auf das vorrevolutionäre Russland) oder zur Identifikation mit dem Westen. In letzterer Sichtweise, verlor der Westen die Rolle des konstituierenden Anderen. Dieses entscheidende Element für den Aufbau und für die Aufrechterhaltung einer starken Identität fehlte im dem Westen zugeneigten Diskurs. Im Gegensatz dazu fiel die Antagonisierung im national-konservativen Diskurs viel stärker aus und trug sicherlich zu dessen Teilerfolg bei. Mit dem etatistischen politischen Diskurs wurde der Westen als Antagonist zwar auch wieder eingeführt, jedoch nicht mit derselben Radikalität wie beim national-konservativen Diskurs.

Hervorzuheben ist schließlich, dass es sich bei den genannten Subdiskursen nicht um präexistente Formationen handelt, sondern um Entwicklungen, um die vorläufigen Ergebnisse von Verschiebungen in den Positionen. Dies wird zum Beispiel deutlich darin, wie außenpolitische (und damit die nationale Identität betreffende) Positionen in Teilen erhalten blieben und in neue aufgingen: Dies gilt für die teilweise Kontinuität zwischen Neuem Denken und dem Diskurs der *International Institutionalists*. Der etatistische Diskurs seinerseits inkorporiert Bestandteile der *International Institutionalists* und der Konservativen.

Die nächsten Kapitel werden die hier angesprochenen Fragen im Zeitraum 2000-2008 näher beleuchten.

